



XVIII.1.345

<http://rcin.org.pl>

Untersuchung

über die

Rechtmäßigkeit

der

Theilung Polens.

Warschau, 1794.

<http://rcin.org.pl>



*Hab ich unrecht, so beweise mir, dass es
unrecht sey: — Hab ich aber recht,
was schlägst du mich?*

XVIII. A. 345

V o r r e d e.

Ich halte es für überflüssig, zur Rechtfertigung dieser Schrift etwas mehr zu sagen, als was sie selbst sagt; man wird es ihr auf den ersten Blick ansehen, daß sie ohne alle Partheylichkeit in der redlichsten Absicht geschrieben wurde: die richtige Beurtheilung einer merkwürdigen Staatshandlung allgemeiner zu machen, und den widrigen Einfluß zu mildern, den politische Sophistereyen auf die moralische Würdigung menschlicher Handlungen, und sonach auf die Moralität selbst haben müssen.

Da ich für den Gegenstand meiner Untersuchung kein anderes In-

teresse hatte, als das er selbst mir einflößte, und da mir außerdem weder Verhältnisse, noch Grundsätze gewisse Fesseln anlegten, so habe ich durchgängig der Wahrheit die Ehre gegeben, und nur nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet, ohne daß die Furcht vor Unannehmlichkeiten meinen Geist berückt und zum Trug verleitet hätte. Dies Verdienst einer ruhigen und anständigen Freymüthigkeit wird dieser Arbeit bleiben, auch wenn sie dem beabsichtigten Zwecke nicht ganz entsprechen sollte.

Der Verfasser.

In der politischen Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts ist, nächst der großen Revolution in Frankreich, die Revolution in Polen und die bald darauf erfolgte Theilung dieses Landes eine der merkwürdigsten Erscheinungen. —

Ueber die außerordentlichen Vorgänge am dritten May 1791, welche der Republik Polen eine durchaus veränderte Constitution gaben, herrschte in dem übrigen Europa fast nur eine Stimme, die laut für die neue Constitution sprach. Die alte Verfassung Polens hatte die Fortschritte in Wissenschaften, in Moralität und Glückseligkeit mehr als in irgend einem Lande gehindert, und besonders die niedern Stände und den Landadel in einer Unwissenheit und Barbarey gehalten, die mit der

Aufklärung und Politur des benachbarten Deutschlands auf eine sonderbare Art contractirte; die politische Gröfse dieses Staats war durch äufsere Unglücksfalle und durch innere Kraftlosigkeit bis zu einer unbedeutenden Macht herabgesunken, da er seines Umfangs und seines innern Gehalts wegen einen Rang unter den ersten Staaten von Europa behaupten könnte; es waren hier so viele Uebel zusammengehäuft, und die Ursachen derselben waren so genau in die Verfassung des Landes verflochten, dafs man dem völligen Umsturze desselben auf keine andere Art begegnen zu können glaubte, als durch Einführung einer neuen Constitution, die die Kräfte des Staats erwecken, den Gemeingeist beleben, Industrie und Betriebsamkeit befördern, die Rechte des Bürger- und Bauernstandes gesetzlich bestimmen, und ihn gegen die Anmassungen des Adels sicher stellen sollte, die dem Verdienste ohne Rücksicht auf Geburt, Reichthum und sonstige Verhältnisse den Weg zu Ehrenstellen und zu einem gröfsern Wirkungskreise, als es vorher fand, öffnen, und durch dies alles einen allgemeinen Eifer für das Wohl des

Vaterlandes und seiner Bürger erwecken sollte, der dem verwilderten Staate unfehlbar aufhelfen, und ihm nach und nach innere Consistenz und daurende Sicherheit geben würde.

Die Weltbürger und alle gute Menschen freuten sich ob dieser Auferstehung einer Nation, die lange Zeit geschlummert hatte; und sich nun aus ihrer Ohnmacht erhob, um desto schöner aufzublühn; man träumte von glückseligen Zeiten für künftige Generationen, und hatte wenigstens Grund genug zu hoffen, daß die polnischen Bürger bey einer solchen Constitution an Geistescultur und Sittlichkeit, wenn nicht gleich anfangs, so doch in der Folge, gewiß gewinnen und den Grund zu einem glücklichen Staate für die Nachwelt legen würden.

Ob die polnische Constitution so viel innere Güte und Festigkeit hatte, daß sie für alle folgenden Zeiten Grundgesetz des Reichs bleiben konnte, darüber ist jetzt die Frage nicht; aber es lag wenigstens nicht an ihr, daß sie bald nach ihrer Geburt wieder aufgehoben ward.

Die russische Kaiserin, welche die Garantie über Polen führte, glaubte in dieser Qualität ein *Recht* zu haben, über die alte Verfassung Polens wachen und die Umformung derselben nicht anerkennen zu müssen. Die Juristen können Unrecht zu Recht und Recht zu Unrecht machen, sagen die gemeinen Leute, und man kann hinzusetzen, wo weder Recht noch Unrecht ist, da macht man es, wie man's braucht. Noch hat keine menschliche unbestochene Vernunft den Grund eines Rechts auffinden können, daß eine oder mehrere Mächte über die Regierungsform einer andern freyen Nation gebieten, und, wo nicht gefolgt wird, mit den Waffen drein schlagen dürfen, wie in unsern Tagen fast alle europäische Mächte an Frankreich versucht haben. Aber wer darf mich nach dem Rechte fragen, wo die, denen das Regiment übertragen ist, die Kräfte des Staats zur Unterdrückung der Bürger und zur Befriedigung ihrer Herrschsucht gebrauchen können?

Die Garantie Rußlands über Polen erstreckte sich, wie jede andre Garantie,
<http://rcin.org.pl> die

die nicht durch specielle Fälle bestimmt wird, auf Sicherheit des Reichs gegen äußere Anfälle und auf innere Rebellionen, wo die Nation den Empörungen durch sich selbst nicht Einhalt thun kann und also die garantierende Macht zu Hülfe rufen muß. — Beydes war bey der Revolution am dritten May der Fall nicht. Die Einführung einer neuen Constitution geschah durch die Vorforge des Königs und mit Einstimmung des größten Theils der Nation; es war keine Rebellion, es war eine Schöpfung zum bessern Daseyn, mithin die Einmischung einer fremden Macht unnöthig und zweckwidrig. Die Nation bedurfte keiner Hülfe von Rußland, und sie suchte sie nicht, weil sie sich selbst helfen wollte und konnte — es waren nur einige Woywoden und Starosten, die sich in ihren größtentheils angemasteten Rechten geschmälert glaubten, und die Glückseligkeit von mehrern Millionen Menschen ihrem ungeheuren Despotismus aufopfertem; die sie suchten die Hülfsleistung der garantierenden Macht. War sie durch natürliches Recht und durch eine gesunde Politik (welche auf den ehrlichen Namen des

Reichs hält) verbunden, diese Hülfe zu geben?

Die Constitution wurde mit den Waffen in der Hand vernichtet, und das alte System kam, durch kriegerische Operationen unterstützt, wieder in Gang!

Das that die große, gepriesene Monarchie, die Wissenschaften und Künste beschützt, die Städte und Länder anbaut, und sich durch ihre Klugheit und Festigkeit die Bewunderung von Europa und fast der ganzen Welt erworben, aber durch diese einzige politische Finesse, durch diesen gewaltsamen Eingriff in die Rechte einer freyen respectablen Nation (die es eben durch die Revolution zu werden begann) das ganze Gebäude ihrer Größe zerstört hat, und bey jedem wohl denkenden Manne ein Gegenstand der Verachtung geworden ist *).

So

*) Freylich mögen die Höfe von Wien und Berlin an dem Umsturze der polnischen Constitution nicht wenig Antheil gehabt haben, da man vermuthen kann, daß das Project, die Republik noch einmal zu zerstücken, lange vorher auf dem Taper gewesen sey. Wären die Polen im Genusse der constitutionellen Freyheit lebendig und sich ihrer Kräfte bewußt geworden,

So wie die Kaiserin von Russland von jeher zur Befriedigung ihrer Herrschfucht alles angewandt, und Gut und Blut ihrer Unterthanen dafür aufgeopfert hat, so kostete es ihr auch wenig Ueberwindung, das Aufleben der Republik Polen und die Glückseligkeit der polnischen Bürger auf lange Jahre hinauszuschieben, um ihre eigennützigen Absichten desto besser erreichen zu können. Denn bald nach dem Umsturze der neuen Constitution wurde wegen der Theilung Polens mit dem österreichischen, vorzüglich aber mit dem preussischen Hofe unterhandelt und diese Theilung im April. und May 1793 wirklich vorgenommen. Ob man den Plan dazu schon vor dem Ausbruche der Revolution entworfen hatte? (welches wahrscheinlich ist) ob man erst bey dem Anfange derselben den Gedanken an eine neue Theilung fasste? oder ob sie blos eine Folge der Revolution war, um etwa dadurch allen Nationen ein warnendes Beyspiel zu geben, die hergebrachte Ordnung der Dinge nicht zu verwir-

worden, so würde eine solche Zerstückelung nicht ohne grosses Blutvergiessen, vielleicht gar nicht geschehen seyn.

wirren? (wie man aus den Noten des russischen und preussischen Gefandten schliessen könnte) — wer weiß das? und welcher Laye mag das ganze Gewebe politischer Raffinements und die Maschinen der Intrigue, die hierbey gebraucht wurden, durchschauen? Lassen wir diese Taufendkünsteleyen in den geheimen Archiven der Höfe, und bringen die Sache selbst, unbekümmert, wie sie geleitet und zu Stande gebracht wurde, zur kalten Untersuchung vor den Richterstuhl der unpartheyischen Vernunft!

Bevor wir zur Behandlung unsers Gegenstandes übergehen, wollen wir, um die ganze Untersuchung mit einem Blicke übersehen zu können, diejenigen Punkte entwerfen, auf deren Erörterung hier alles ankommt, und dann zur Ausführung selbst schreiten. Wir werden bey diesem Geschäfte auf manches wichtige Thema stossen, wovon man mit der Welt (in Schriften) nicht ehrlich genug spricht, weil sie, obzwar an sich handgreiflich, der Verhältnisse wegen zu delicat sind, worüber wir aber unsern Grundsätzen gemäß

mit aller Offenheit reden müssen, weil außerdem die Untersuchung selbst partheylich und einseitig ausfallen würde, da sie doch, als durch bloße Vernunft geleitet, redlich und befriedigend seyn soll.

Das Factum, worüber jetzt untersucht werden soll, betrifft:

*die bekannte Besitznehmung eines grossen Theils der Republik Polen durch die al-
liirten Mächte von Rußland und Preu-
ßen, mit Einstimmung Sr. Römisch Kai-
serl. Majestät.*

Um die *Rechtmässigkeit* dieser Besitznehmung so gründlich, als es die Wichtigkeit der Sache erfordert, zu beurtheilen, dürfen wir sie nicht blos von der moralischen Seite betrachten, wodurch allein etwas als *rechtmässig* erkannt werden kann; sondern, da der Gegenstand eine Staatshandlung ist, wobey einmal Gesetze des bürgerlichen Rechts, dann Grundsätze einer gefunden Politik, und endlich Sophistereyen einer falschen Politik in Anschlag kom-

men, oder auch zum einzigen Maafsstabe der Handlungen genommen werden, so müssen wir jene Rechtmässigkeit nach allen vier Seiten prüfen. Diefs geschieht nicht in der Absicht, um, wenn die Theilung Polens an sich unrechtmässig erfunden würde, sie nach juristischen, nach politischen und Hofmaximen rechtskräftig zu machen, (was überall unmöglich ist!) sondern zu Gunsten der Urheber dieser Theilung, die vielleicht durch Zeitumstände, durch ihre Verhältnisse, oder durch sonst etwas *notgedrungen* einen unrechtmässigen Schritt thun mußten — was bey gegenwärtiger Lage der Sachen, wo blofse Klugheitsregeln die Handlungen der Regenten und ihrer Diener leiten, und sehr oft nach dem schändlichen Grundsätze: der Zweck heiligt die Mittel, verfahren werden muß, allenfalls zur Entschuldigung und Beschönigung dienen könnte — eben so, wie man Verbrecher (wenn gleich nicht ihre Verbrechen) auf psychologische Art zu entschuldigen pflegt, da man ihre Erziehung, ihre Denkungsart, die Umstände, unter welchen sie lebten und handelten, vor Augen hat, und das Urtheil

über sie im Herzen dadurch mildert, daß sie ihrer ganzen Lage nach z. B. Diebe, Mörder oder Betrüger werden mußten.

Die Untersuchung zerfällt also in vier Abtheilungen.

Die erste enthält die Prüfung unsers Gegenstandes nach moralischen Gründen;

Die zweyte nach juridischrechtlichen Gründen;

Die dritte nach Grundsätzen einer gefundenen Politik;

Die vierte nach den Sophismen der Hofpolitik, oder nach den Manifesten der alliirten Mächte.

Erste Abtheilung.

*Ist die Theilung Polens von Gott und
Rechtswegen erlaubt?*

Diese Frage gehört, so wie alle moralischen Aufgaben, wo es blos auf die Entscheidung ankommt, ob eine Handlung recht oder unrecht sey, unter die kinderleichten Stücke, die auf eine uns ungreifliche Art auch der Einfältigste beantworten kann, sobald man ihn dahin gebracht hat, rein moralisch darüber zu urtheilen. Da nämlich obige Frage schon an sich einen Eingriff in das Eigenthum anderer Menschen ankündigt, und mithin eine dem moralischen Gesetze widersprechende Maxime enthält, so braucht es keiner langen und scharfsinnigen Prüfung, ob ein solcher Eingriff, und also, ob die Theilung Polens von Gott und Rechtswegen erlaubt sey, oder nicht?

Der

Der Hauptpunkt, worauf die Untersuchung gerichtet werden muß, betrifft vielmehr die *richtige Beurtheilung* derselben, daß sie nämlich nur nach reinmoralischen Begriffen geschehe, und nicht durch Vernünfteleien verfälscht werde. — Die Philosophen können alles beweisen und alles rechtfertigen, wenn sie von beliebigen Principien ausgehen, und nach der Weise der alten Scholastiker durch eine Menge dialektischer Schlüsse den schlichten Menschenverstand umkehren und betrogen. Man hat den Selbstmord gerechtfertigt; — das Pfaffenthum findet die Verfolgung der Ketzler und ihre öffentliche und heimliche Hinrichtung moralisch gut; und so würde man die Räubereyen gekrönter Häupter (die man Eroberungen nennt) für rechtmässig erkennen, wenn man sie nach dem Princip der Glückseligkeit (es versteht sich, sein consequent) beurtheilen dürfte.

Wenn man eine Handlung moralisch beurtheilen will, so muß man sie nehmen, wie sie ist, entkleidet von allen damit verbundenen Nebensachen, und ohne Hinsicht

B

auf

auf das, wodurch sie veranlaßt, noch auf das, was durch sie bewirkt wurde, d. h. man muß suchen, ob sie dem moralischen Gesetze gemäß, und blos aus Achtung für dasselbe geschehen sey. Denn der moralische, einzige Werth unserer Handlungen beruht auf der *Gefinnung* gegen das Gesetz, (sie diesem gemäß einzurichten) und alle guten, beabsichtigten oder zufälligen Folgen derselben können ihren Werth weder erhöhen, noch sie selbst rechtfertigen, in so fern sie an sich pflichtwidrig sind.

Ob eine Handlung recht sey? das läßt sich gar bald finden, wenn man nach der *Allgemeingültigkeit der Maxime* fragt, nach welcher sie geschah, so daß jeder wollen könne, diese *Maxime* solle *Gesetz* für alle vernünftige Wesen seyn; wo dann auch die gemeinste Vernunft auf die treffendste Art entscheidet.

Wenn z. B. die Frage wäre, ob es recht sey, jemanden zu betrügen, um seines eigenen Vortheils willen, oder wenn man in tiefer Noth ist — so sieht man sogleich, daß hier eine *Maxime* zum Grunde liege,

die nur auf einzelne Menschen und auf besondere Fälle paßt, und die also niemals *allgemeines Gesetz* für alle vernünftige Wesen werden kann, mithin ein solcher Betrug, so wie jeder andere, unfehlbar unrecht seyn müsse.

Nach diesen Grundsätzen wird man nun augenblicklich bestimmen können, was man von der Besitznehmung eines fremden Eigenthums, sie geschehe, unter welchen Umständen sie wolle, zu halten habe; nämlich, daß sie *unrecht* sey, weil die zum Grunde liegende *Maxime* von Niemandem als *allgemeines Gesetz* erkannt werden kann.

Wenn es also erlaubt ist, die Handlungen der Regenten zu beurtheilen, wie man jede menschliche Handlung beurtheilt, (*quam veniam petimus, damusque vicissim*) nämlich nach moralischen Begriffen, so wird man die eigenmächtige Theilung der Republik Polen als einen

recht- und gesetzwidrigen Eingriff in das Eigenthum eines andern, sey es des Königs oder der Magnaten oder der ganzen Nation, ansehen müssen, und sie

vor dem Richterstuhle der moralischen Vernunft auf keine Art rechtfertigen können.

Denn es betrifft hier die Frage: kann ich wollen, daß es für alle Regenten und für jeden einzelnen Menschen allgemeines Gesetz werde, *von dem Eigenthume eines andern so viel zu nehmen, als man kann?* Das wird kein Mensch, kein Fürst, und selbst ein Despot nicht *wollen*, ob er gleich selbst raubt. Mithin ist es klar: die eigenmächtige Besitznehmung eines fremden Guts, es gelte einen Acker Landes, ein Dorf, eine Provinz oder mehrere tausend Quadratmeilen — gleichviel — ist eine unrechtmäßige That, nichts mehr und nichts weniger, als was man im gemeinen Leben eine gewaltsame Beraubung nennt.

Ich gestehe, daß dieses Urtheil in aller Herzenseinfalt gefällt sey, ohne dabey auf etwas anders gesehen zu haben, als auf die Allgemeingültigkeit der Maxime, nach welcher die Theilung Polens geschehen ist. Das ist aber auch der einzige Weg, über die Moralität menschlicher Handlungen zu

urtheilen, wenn man sie schlechthin nimmt und sie unter die allgemeine Regel des Gesetzes bringt, ohne vorher darauf zu denken, wie man sie rechtfertigen und die Urheber derselben entschuldigen könnte, wo dann immer etwas herausvernünftelt wird, das zur Beschönigung dient und das reine moralische Urtheil verdirbt.

Aber ich müßte mich sehr irren, wenn ich nicht erwarten sollte, daß mancher Philosoph und mancher kluge Staatsmann über diese Art, politische Vorfälle zu beurtheilen, nämlich nach moralischen Grundsätzen, lächeln werde.

„Moral und Politik sind sehr verschiedene Dinge der Materie und der Form nach, und so wie man moralische Gegenstände nicht nach Regeln der Politik beurtheilt, so darf man auch politische Begebenheiten nicht nach sittlichen Gesetzen richten. Was moralisch gut ist, ist es darum nicht auch in politischer Hinsicht (wie die Abschaffung des schandlichen Negerhandels u. f. w.) und so umgekehrt. Man lasse die Moral dem gemeinen Manne und dem

„großen Haufen, der ohne sie nicht ge-
 „horchen würde; die Verweser des Staats
 „müssen die Klugheit zum Princip ih-
 „rer Handlungen machen, und sehr oft
 „nach unerlaubten Mitteln greifen,
 „wenn sie das Eigenthum und die Wohl-
 „fahrt der Unterthanen sichern wol-
 „len u. f. w.“

Nach diesem Raisonnement gebührte dem politischen Staatskörper das sonderbare Privilegium, für alles unverantwortlich zu seyn, was zwar jedem ehrlichen Manne nur halb oder auch ganz unrecht, aber für das Beste des Staats sehr vortheilhaft scheint, und sonach die Immoralität der Handlungen durch ihre Nützlichkeit zu rechtfertigen. Die politische Welt (darunter verstehe ich alle Personen, welche zur Direction des gemeinen Wesens gehören) hat sich dieses Privilegium nicht nur angemast, sondern sie glaubt es auch mit Fug und Recht zu besitzen, und sich dem allgebietenden Gerichtshofe der praktischen Vernunft um so mehr entziehen zu können, da es doch einmal (wie sich die Philosophen in den Kopf gesetzt haben)

auf dieser sublunarischn Welt unmöglich sey, die Moral mit der Politik in eine solche Verbindung zu bringen, daß die Grundsätze der einen mit den Gesetzen der andern in wechselseitiger Harmonie stehen, und die Anordnungen der bürgerlichgesetzgebenden Gewalt den Forderungen des Moralgebots volle Gnüge leisten könnten.

Ohne hier dem Gange unsrer Untersuchung vorzugreifen, welche diesen Punkt in der dritten Abtheilung erörtern wird, fügen wir jetzt nur so viel bey, daß, ob eine solche Verbindung der Moral und Politik möglich oder nicht möglich sey, dies im mindesten nicht Einfluß auf die moralische Beurtheilung politischer Handlungen haben könne, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil diese Handlungen doch immer von Menschen gethan werden, die sich zu keiner Zeit und in keiner Lage den Gesetzen der praktischen Vernunft entziehen, und die Entscheidung derselben selbst bey verblendeten Augen nimmer abweisen können. — Es ist eine lächerliche Eitelkeit, höher seyn zu wollen, als das Höchste, was gedacht werden

kann,

kann; und den schwachen Erdengöttern, die sich keinem Gesetze als ihrer eigenen sinnlichen Willkühr unterwerfen, gebührt selbst von dem gemeinsten Manne herzliches Mitleid für diese sinnlose Betrügerey, die sie an sich selbst begehon.

Beÿ Gott gilt kein Ansehender Person, d. h. die moralische Vernunft richtet überall schlechthin, ohne Achselzücken wegen Stand, Geburt, Lage, Verhältnisse u. s. w.; sie ist das einzige Tribunal, wo der Mensch gewogen, und von Rechtswegen erkannt wird, ohne daß Appellationen entstehen und Machtsprüche erfolgen, weil jedes Individuum mit dem Rechtspruche zufrieden ist, auch wenn es schuldig befunden wird. Die moralische Vernunft zieht alles vor Gericht, was Mensch heist, und spricht immerfort über das Recht oder Unrecht in menschlichen Handlungen, selbst bey denjenigen, die ihre Herzen und Ohren verschliessen, um nicht zu hören, was ihnen zuerkannt wird! — Warum sollte man, und wie könnte man den Mord oder die Betrügereien eines verkappten Bösewichts recht-

fertigen, wenn es herauskommt, daß der Verkäppte ein Fürst war? Alle Welt wird ihn verachten, und selbst die Hoffschranzen werden ihn öffentlich lobpreisen und im Herzen verabscheuen. — Die Ermordung Cäsars durch den berüchtigten Republikaner Brutus ist selbst von wackern Männern herausgestrichen worden, weil sie einen Tyrannen galt, der die Freyheit eines großen Volks seinem Ehrgeiz aufopferte; aber wer kann sich eines geheimen Abscheues gegen den Tyranniciden erwehren? welcher rechtliche Mann wird seine Handlung, so vortheilhaft sie dem Anschein nach war, im Ernst billigen? In der menschlichen Natur liegt keine Grenzlinie, welche den Staatsmann vom Menschen sonderte, und ersterem erlaubte, über die Gesetze der Moralität hinauszugehen, die allgebietend und für jede Vernunft ohne Einschränkung verbindend sind. Soll die moralische Vernunft in politischen Dingen keine entscheidende Stimme haben, warum hält man die Hinrichtung Carls II: durch den Usurpator Cromwell für ungerecht? die Hinrichtung des unglücklichen Ludwigs XVI. für erschreckend und schändlich? Carls Tod

<http://rcin.org.pl> schien



schien für die Freyheit Englands so er-
 spriesslich, als Ludwigs Tod für das Daseyn
 der französischen Republik, und wäre die
 Klugheit der einzige Maasstab, wonach
 man große Staatsactionen beurtheilen soll,
 so müßte man die außerordentliche Scene,
 wo ein mächtiger Monarch, sonst der Ab-
 gott und unumschränkte Beherrscher sei-
 nes Volks, vor die Schranken der Natio-
 naldeputirten gefodert, öffentlich zum
 Tode verurtheilt, und dieß Urtheil öffent-
 lich an ihm vollzogen wird, unter die
 wohlthätigsten und mithin gerechtesten
 Handlungen zählen, die jemals zum Glück
 der Menschen unternommen worden sind,
 weil sie an einem bis jetzt unerhörten Bey-
 spiele die Souverainetät der Nationen und
 die Nichtigkeit des Despotismus zur War-
 nung für alle künftige Despoten mehr ins
 Licht gestellt hat, als die ganze Revolu-
 tion in Frankreich ohne das gethan haben
 würde. Und dennoch hat die für Frank-
 reich und für alle Völker so wohlthätige
 Hinrichtung des sechszehnten Ludwig mit
 Recht jedes gefühlvolle Herz empört, zum
 anschaulichen Beweise, daß die großen
 Folgen merkwürdiger Staatsactionen noch

gar nicht für die *Rechtmäßigkeit* derselben sprechen, worüber die Entscheidung lediglich von der moralischen Vernunft erwartet werden muß, mithin der politische Werth solcher Handlungen ohne Beystimmung des sittlichen Werths allemal nichtsbedeutend sey.

Man wird uns also verzeihen, daß wir bey unserm obigen Urtheile standhaft verbleiben, und die Theilung Potens für eine rechts- und gesetzwidrige Handlung erklären, ob sie gleich von grossen Monarchien herrührt, und vielleicht nützlich, vielleicht nothwendig seyn mag, wie die Folge ausweisen wird. — Unser Urtheil ist aber keinesweges Privatmeinung eines einzelnen Menschen, sondern vollgültiger Ausspruch einer gut geleiteten Vernunft, die in allen Menschen ächte Maximen von falschen gleich richtig unterscheidet, und also die eigenmächtige Besitznehmung fremden Guts ohne Einschränkung empörend findet!

Zweite Abtheilung.

Ueber die Rechtsansprüche der theilenden Mächte an Polen.

Es ist eine schlimme Sache, daß wir außer den einfachen Gesetzen der Sittlichkeit, die durch die Vernunft an alle Menschen gerichtet sind, noch besonderer Vorschriften bedürfen, die man unter dem Namen bürgerlicher Gesetze als Regeln des Verhaltens für die Gesellschaft geheiligt hat — aber noch schlimmer ist es, daß diese Statuten den reinen, unbedingten Geboten der praktischen Vernunft sehr oft widerstreiten, und daher, weil man bey jeder rechtlichen Entscheidung mehr auf jene als auf diese Rücksicht nimmt, vieles als Recht autorisirt wird, was offenbar ein Unrecht ist. Wäre uns darum zu thun, die Unzulänglichkeit und Untauglichkeit der bestehenden bürgerlichen Gesetze zu beweisen, so würde es uns gar nicht schwer fallen, eine Menge Belege herbeyzuschaf-

fen, die die tägliche Erfahrung nur zu häufig liefert; allein man hat diesen Gegenstand so oft und so kräftig behandelt, daß wir uns dieser (hier auch zwecklosen) Arbeit gern überheben, um so mehr, da das alte römische und das alte deutsche Recht nichts desto weniger ihr voriges Ansehen immer noch behaupten.

Indefs stimmen die Gesetze des bürgerlichen Rechts im gegenwärtigen Falle mit den moralischen sehr wohl zusammen, indem sie jede eigenmächtige Besitznehmung eines fremden Eigenthums als widerrechtlich verwerfen, und daher alles dahin gehörige, Diebstahl, Raub, Betrügereyen und dergleichen mit schwerer Strafe belegen. — Um in den Besitz eines geerbten oder durch Schenkung versicherten Vermögens zu kommen, muß man seinen Vertrag mit dem vorigen Besitzer documentiren, und seine Ansprüche vor Gericht darthun; diese werden genau geprüft, und dann erst wird der ungestörte Besitz des fremden Guts zuerkannt. Dies geschieht im Kleinen wie im Großen, und man hat Beispiele, daß die Ansprüche, welche ein

mächtiger Fürst auf ein erledigtes Land machte, verworfen wurden, weil ein milder mächtiges Haus gültigere Documente vorzeigen konnte, wie es noch vor wenig Jahren dem Landgrafen von Hessen - Cassel in Betreff der Grafschaft Lippe - Schaumburg gieng.

Ein solches Verfahren, wobei viel Gerechtigkeit gezeigt werden kann, ist zur Sicherheit der Bürger und zum ruhigen Genuss ihres Eigenthums durchaus nothwendig, und würde das größte Lob verdienen, wenn es allgemein und ohne Ansehen der Person angewendet würde. Allein die hohen Monarchen überheben sich nicht blos der moralischen Verbindlichkeiten, sondern sogar der bürgerlichen Gesetze, die ihre Vorfahren und sie selbst sanctionirt haben, und üben das Recht des Stärkern aus, falls sie auf einem ehrlichen Wege ihre Absichten nicht erreichen können.

Die Theilung Polens giebt leider hier von ein eclatantes Beyspiel.

Die Ansprüche der theilenden Mächte an einige polnische Provinzen sind dieselben,

ben, welche einst Alexander der Große auf die ganze Welt und auf den Mond machte. Wie könnte es auch anders seyn? Die Republik Polen war von jeher ein freyes, für sich bestehendes Reich; die Nation zeichnete sich durch Sprache, Sitten, Verfassung u. s. w. vor andern Volkern aus und formirte ein eigenes Ganze, das in seine Grenzen eingeschlossen und von Niemand, als von sich selbst abhängig war. — Kein König und kein Stand der Nation hat jemals dem russischen oder preussischen Hofe gewisse Ansprüche auf einen Theil der Republik Polen gegeben oder geben können, die sie berechtigt hätten, ihre Ansprüche bey gelegener Zeit geltend zu machen. (Polens Monarch ist kein Souverain, und hat nicht, wie fast überall, die Macht, über Land und Leute nach Gefallen zu disponiren. Er gehört der Nation an und wird gewöhnlich aus ihrer Mitte gewählt, daher er auch nur Sachwalter und erster Diener des Staats ist — was alle Fürsten seyn sollten, wenn doch einmal Fürsten seyn müssen.) — Die alliirten Mächte haben auch in ihren Manifesten keinen einzigen rechtlichen

Grund für die Theilung angeführt, weil sie in ihren geheimen Archiven keine Urkunden, Schenkungsacten, Documente und dergleichen auffinden konnten, um die Besitznehmung der polnischen Provinzen nach Recht und Gerechtigkeit zu machen; was bleibt übrig?

„Da sie die Macht in Händen und Herrschfucht im Herzen hatten, so nahmen sie, was ihnen von Gott und Rechts wegen nicht gebührte, mit Gewalt, und theilten sich in das Eigenthum einer Nation, die zu ohnmächtig war, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben und ihren Heerd zu vertheidigen!“

Die Theilung Polens geschah also nach dem belobten Rechte des Stärkern! Aber was ist dies für ein Recht?

Wer darüber noch nicht nachgedacht hat, dem können wir sagen, daß dieses robuste Recht das Grundgesetz des thierischen Staats sey, nach welchem dieser ungeheure Körper zwar zum Untergang vieler einzelner Glieder, aber doch zur Erhaltung des Ganzen auf das Beste regiert

wird. Krieg und Mord sind in dieser Verfassung unvermeidlich, da jedes Subject nach Kräften arbeitet, und sein Recht, so gut es kann, auszuüben sucht; indess zieht niemals ein ganzes Heer von Starken aus, um den schwächern Theil des Reichs zu unterdrücken oder zu verschlingen, wie in unsern Staaten geschieht, indem die Thiere weder Verstand noch Scharfsinn besitzen, um eine solche Unternehmung mit Klugheit anfangen und ausführen zu können.

Das Recht des Stärkern ist kein Recht, es ist thierischer Gebrauch thierischer Gewalt; die Ausübung desselben entehrt die Menschheit und hindert die Fortschritte der Cultur und bürgerlichen Glückseligkeit, die allein in einer gesetzlichen Freyheit geseegnet seyn können! Dieses schändliche Recht hat die großen Monarchien gestiftet und den Despotismus erzeugt, es hat Kriege und Eroberungen begünstigt, und im achtzehnten Jahrhunderte den Umsturz und die Theilung eines großen Reichs möglich gemacht.

Ich habe immer geglaubt, das es mit der erstaunlichen Verfeinerung der euro-

päischen Welt nicht viel zu bedeuten habe, weil sie nur die Oberfläche des Menschen berührt — aber nimmer hätte ich gedacht, daß sich die Barbarey des rohen Naturstandes mit der Feinheit der policirtesten Völker paaren könne, und noch weniger, daß in unsern philosophischen Tagen die Macht allein über Recht und Unrecht entscheiden werde, wo es fast zu allen Ohren gekommen ist, daß hierüber einzig und allein die *Vernunft* sprechen dürfe.

Freyheit, Bürgerglück, Wohlstand!
Ihr mögt einstweilen noch abtreten, und uns eure schönen Namen zurücklassen!
Wir sind noch nicht aus den Zeiten der Nimrod und der Alexander heraus, und das Quentchen ächte Aufklärung, das wir mit Mühe errungen haben, läßt uns bis jetzt den traurigen Zustand der Welt mehr fühlen, als ihn mit einem bessern vertauschen *)!

Die

*) Man verzeihe mir diese Declamation, wovon ich sonst kein Freund bin. Hier kann man wahrlich nicht untersuchen, sondern man muß seufzen, — Wohl dem Manne, der auch hier die stille Ruhe und GröÙe des Geistes erhält, wenn ihn das harte Schicksal des

Die Theilung Polens hat uns indess gelehrt, was minder mächtige Staaten und besonders die kleinern Stände des deutschen Reichs für ihre Freyheit zu fürchten haben, wenn das unsinnige Project eines Weltduumvirats, worauf Rußland und Oesterreich ohne Zweifel hinarbeiten, und womit Preussen, als die dritte Hauptmacht, einstweilen hingelockt wird, im Ernst ausgeführt werden sollte und könnte.

menichlichen Geschichts tief beugen könnte, das bis auf den heutigen Tag um nichts besser ist, als es seit undenklichen Zeiten war — beides, das Schicksal und das Geschlecht.

Dritte Abtheilung.

Kann eine gesunde Politik die Besitznehmung eines Landes auch ohne rechtliche Gründe gut heißen?

Diese Frage berührt den alten, noch nicht geendigten Streit über die Verbindung der Moral und Politik, ohne dessen Entscheidung über die Rechtmäßigkeit politischer Handlungen, in wie fern sie zugleich auf das Nützliche bezogen wird, ebenfalls nicht gründlich geurtheilt werden kann. Denn obgleich die Moralität menschlicher Handlungen lediglich a priori, und somit hinlänglich erkannt wird, so haben sie doch außer dem sittlichen Werthe allemal einen gewissen Preis, den ihre gute oder schlimme Wirkung in der Sinnenwelt bestimmt, und sie verdienen also, um sie richtig schätzen *) zu können.

*) Schätzen — so viel als taxiren, wie viel eine Sache werth sey, welcher Ausdruck bey gewissen Profef-

können, auch von dieser Seite erwogen zu werden. Dies ist nirgends so nöthig, als bey Handlungen, wo es blos auf den Nutzen angelegt wird, und wo eine moralische Würdigung derselben überflüssig zu seyn scheint — welches bey allen politischen Unternehmungen der Fall ist, die bekanntlich nur um eines gewissen Zwecks willen geschehen, und je nachdem sie ihn erreichen oder verfehlen, für heilsam oder schädlich gehalten werden. — Daher wird die Frage sehr wichtig: ob die Politik, da sie blos im Felde der Erfahrung arbeitet, ohne Rücksicht auf Moral, für sich selbst gesetzgebend sey, und ihre Anordnungen und Unternehmungen *willkürlich*, oder wie es die Lage der Sachen bestimmt, machen dürfe?

So

fessionen sehr gebräuchlich ist. — Es ist merkwürdig, daß die deutsche Sprache für reinmoralische Begriffe den bestimmten Ausdruck lange gehabt hat, ehe diese Begriffe selbst in ihrer Reinigkeit vorhanden waren. So sagt man von einem braven Manne niemals: ich schätze ihn, sondern: ich achte ihn. Verdienste werden geschätzt, d. h. ihre guten Folgen werden gewürdigt, ohne daß der blos verdiente Mann darum unsere Achtung erhält, wenn nicht sein sittlicher Charakter dazu auffordert.

So lange es nämlich noch unausgemacht bleibt, ob die Politik ihren eigenen höchsten Gerichtshof habe, und die Grundsätze, nach denen verfahren wird, unangesehn der moralischen Gesetze, aus dem jedesmaligen Interesse des Staats und seinem Verhältnisse zu andern deducirt werden müssen; so lange darf die Philosophie in der politischen Welt mit reiner Wahrheit nicht auftreten, sondern kann nur reguliren und erläutern, was nach constitutionellen Grundsätzen des Staats geschehen mußte, wenn es gleich weder rechtmässig, noch rechtlich (juridisch rechtmässig) war. Könnte aber erwiesen werden, daß Moral und Politik durch irgend etwas ganz genau verbunden wären, (theoretisch nämlich, denn in Praxi fehlt zur Zeit diese Verbindung) und die Maximen der letztern mit denen der erstern in nothwendiger subordinirter Vereinigung stehen müßten, wenn sie gleich an sich himmelweit verschieden wären; dann könnte auch der Philosoph mit offener Stirn die Sache der Wahrheit und Sittlichkeit gegen die Anmaßungen der politischen Welt (nicht der Politik, da diese im Einverständnisse steht) verfechten,

und nicht blos reguliren, was von höchster Hand geschehen ist, sondern auch constituiren, das es nicht hätte geschehen sollen, wenn es etwa unrecht war, oder das etwas besser und anders hätte geschehen sollen, wenn dabey nur ein eigennütziger Zweck und nicht ein Endzweck zu Nutzen und Frommen des Staats beabsichtigt war!

Lafst uns versuchen, ob wir zum Behuf unserer Untersuchung und zur Philosophie der Politik in diesen verwirrten Gängen sichern Fuß fassen können.

Die Verbindung zweier, an sich sehr verschiedener Wissenschaften, der Moral und Politik, kann nicht in ihnen selbst enthalten seyn, da sie beide ganz entgegengesetzte Principien haben.

1) Die Politik besteht in dem System von Grundsätzen zum Behuf eines gemein - bürgerlichen Wesens; die Moral enthält die Principien der Sittlichkeit für alle Menschen und für das ganze Reich der vernünftigen Weltwesen.

2) Die Erstere tendirt einen gewissen Zweck als ihr Object, und daher ist der

der oberste Grundsatz der Politik, wenn es einen dergleichen giebt, jederzeit material.

Die Letztere ist ohne allen Zweck, und hat kein Object, worauf sie hinweist, daher auch das höchste moralische Gesetz, so wie alle aus demselben fließende, blos formal sind.

3) Politische Grundsätze für sich genommen sind beliebige Maximen, die zu einer gewissen Absicht taugen, und daher nicht allgemein gelten können; man nennt sie Staatsmaximen, weil sie nur auf einen Staat, und nicht auf jeden, sondern nur auf einen oder mehrere anwendbar sind: alle bürgerlichen Gesetze sind willkührliche Anordnungen zum Besten des gemeinen Wesens, die weder an sich selbst, noch für einen Jeden gültig sind, sondern in so fern sie Mittel zu einer löblichen Absicht und von den Machthabenden, seyen es Könige oder Volksrepräsentanten, als Gesetze autorisirt sind.

Die

Die moralischen Gesetze enthalten nichts beliebiges, das auf etwas hinczielt, sie sind schlechthingebietende Gesetze, die ihre Sanction durch sich selbst erhalten, und keiner fremden Authorisirung bedürfen; sie gelten für jeden einzelnen Menschen, und verbinden jeden einzelnen Menschen mit strenger Nothwendigkeit.

- 4) Die Grundsätze, welche die Politik, und die Principien, welche die Moral aufstellt, sind also einander gerade entgegengesetzt und können, jede für sich gedacht, nie in wechselseitige Verbindung gebracht werden. Wäre nun auch alle andere Verbindung derselben schlechterdings unmöglich, und könnte nicht wenigstens die eine der andern untergeordnet werden, um so eine gleich feste und unzertrennliche Vereinigung herauszubringen; dann würde das politische Regiment ohne Einschränkung willkührlich seyn können, und der Staat ein bloßes Spiel seiner Beherrscher werden, von deren gutem oder bösem Willen es allein abhänge, ob der Zweck der bürgerlichen Gesellschaft

schaft befördert oder gehindert würde. — Fast alle Reiche der Welt, grose und kleine Fürstenthümer u. s. f., haben sich zu dieser Willkührlichkeit erhoben und damit die Länder erniedrigt, ich glaube, hauptsächlich aus der Ursache, weil man immer das politische gemeine Wesen als ein freyes für sich bestehendes Ganzes betrachtete, dessen Obere, nach beliebigen Grundsätzen, Gesetze und Statuten schaffen, und sie als Norm des Verhaltens für Bürger und Inwohner authorisiren könnten — die selbst (Obere) nach Gefallen und zu Gunsten ihrer eigenen Absichten über die Kräfte des Staats und das Vermögen der Unterthanen disponiren könnten, ohne bey dem allen nach einer höheren Macht zu fragen, von welcher sie die bürgerlichen Gesetze entlehnen, und an welche sie gleich andern Menschen gebunden seyn sollten.

Wo liegt nun das Bindemittel, das die Politik mit der Moral in gute Vereinigung bringt?

- 5) Der Mensch ist an keine andern Gesetze, als an die der Freyheit, gebunden, und wenn er diesen gemäß lebte, so brauchte man keine positiven Gesetze, keinen Staat und keine bürgerliche Vereinigung; das ganze Menschengeschlecht wäre ein einziges Reich unter eigenen, allgemeingeltenden Naturgesetzen.
- 6) Da aber dieses Reich noch nicht da ist *), indem man seiner eigenen Gesetzgebung nicht Gehorsam leistet, so ist eine bürgerliche Vereinigung des Menschen zu einem Staat nothwendig, der jenes Reich gleichsam im kleinen vorstellt, und worinn die Menschen zu dem allgemeinen Staat Gottes erzogen werden.
- 7) Sollen die Gesetze des bürgerlichen Staats für uns verbindende Kraft haben, ohne welche er selbst nicht bestehen würde, so dürfen sie nicht positiv, nicht willkührlich, und das gemeine Wesen kann kein freyes, unabhängiges Ganzes seyn, weil wir keine andern,

*) Wir beten darum: dein Reich komme!

dern, als Naturgesetze (moralische), anerkennen, und nur unter diesen Gesetzen ein freyes gemeines Wesen ausmachen können.

8.) Mithin müssen die bürgerlichen Gesetze durchaus von den Naturgesetzen entlehnt und mit diesen übereinstimmend seyn, weil wir sie auferdem nicht anerkennen dürften, und weil ein Staat, der willkührliche Gesetze gäbe, die noch dazu den moralischen entgegenständen, kein menschlicher Staat, der zum Reiche Gottes führt, sondern ein unterjochtes Sklavenkorps wäre, wo aus Mangel an Freyheit die Geisteskultur und sittliche Bildung gehemmt, und sonach der Zweck aller bürgerlichen Vereinigung vereitelt werden würde.

9) Faßt man alle Grundsätze, die sich auf die Einrichtung eines gemein-bürgerlichen Wesens, dessen Gesetzgebung und Verwaltung beziehen, in ein System der Politik zusammen, so sieht man, daß ein solches System genau nach moralischen Grundsätzen geformt seyn

und mit diesen in der strengsten Verbindung stehen müsse, so daß es dem durch die praktische Vernunft gegebenen Zwecke eines Staats in Thesi völlig entspreche und in Praxi wenigstens nicht widerspreche.

- 10) Die Politik muß also der Moral ohne Einschränkung untergeordnet werden, und alle ihre Gesetze und Anordnungen können nur in so fern richtig und gültig seyn, als sie den moralischen Gesetzen nicht entgegen stehen, und auf den Zweck des Staats hinzielen; die Verwalter des Staats stehen also auch, gleich andern Menschen, unter den Gesetzen der Freyheit und denen des bürgerlichen Wesens, und sind mithin für alle Handlungen, die sie Kraft ihres Amts verrichten moralisch und politisch verantwortlich.
- 11) Die Politik darf sich, diesem allen zu Folge, die Klugheit nicht zum alleinigen Princip der Handlungen machen, da sie, als der Moral untergeordnet und dadurch innig mit ihr ver-

bunden, die moralischen Gesetze als die höchste Macht anerkennen muß, von der sie allererst das Recht einer Gesetzgebung erhält, die jedoch, wenn gleich nicht der Form, so doch dem Geiste nach, den moralischen Gesetzen angemessen seyn muß.

12) Das materiale Princip der Politik könnte also etwa folgendes seyn: Angemessenheit der Handlungen zu dem durch die praktische Vernunft gegebenen Zweck eines Staats.

13) Dieser Zweck besteht: in Beförderung der Moralität der Geisteskultur und der physischen Wohlfahrt der Bürger, so viel durch bürgerliche Anordnungen geschehen kann. Die Menschen vereinigen sich zu einem Staat, der Staat ist verbunden, die Menschen zu einem für das allgemeine Wohl arbeitenden Ganzen zu vereinigen, alle Hindernisse, die sich diesem Zwecke entgegen stellen, wegzuräumen und für die Erreichung desselben alle Mittel anzuwenden.

14) Die aus dem angegebenen Princip der Politik abzuleitenden Grundsätze wür-

den,

den, in ein System vereinigt, das seyn, was man sich unter einer gesunden Politik denken könnte, und was bis auf den heutigen Tag weder in Büchern, noch in Kabinetten und Rathsstuben zu finden ist *).

Nach diesen Erörterungen können wir füglich zur Beantwortung obiger Frage schreiten: ob eine gesunde Politik die Besitznehmung eines fremden Landes auch ohne rechtliche Gründe *gut* heißen könne?

Wenn z. B. ein wohl eingerichteter Staat X, (es versteht sich $x=0$, weil es keinen dergleichen giebt) der Nachbar eines Landes wäre, dessen Einwohner physisch und moralisch auf eine unmenschliche Art gedrückt wurden, wie es wohl zu geschehen pflegt, und man nicht leicht erwarten könnte, daß sich dieses Land aus seinem Elende er-

*) Hiemit ist freylich die Sache noch nicht beendigt, die einer weitem und tiefeindringenden Untersuchung bedarf. Für die gegenwärtige Abicht ist indess, wie wir glauben, genug gesagt, und wenn unsere Ideen einen bessern Kopf veranlaßten, sie weiter zu verfolgen und systematisch zu ordnen, so könnte daraus vielleicht ein Gewinn für die Philosophie der Politik erwachsen, die auf ihrem Felde noch wenig gewonnen hat.

erheben, und sich zu einem glücklichen Staate empor arbeiten werde — so könnten dies vielleicht gute politische Gründe seyn, ein solches Land in Besitz zu nehmen und es unter einer bessern Regierung glücklich zu machen. Allein das scheint nur so!

Eine gesunde Politik darf und wird

- a) nie etwas unternehmen, was offenbar unmoralisch ist, so wie sie überhaupt nichts gut heißen kann, was wider die Gesetze der praktischen Vernunft läuft, denen sie ohne Einschränkung untergeordnet ist. — Die Besitznehmung eines fremden Landes, mag sie noch so nützlich und dem Staate selbst noch so erspriesslich seyn, ist eine ungerechte Handlung, die kein Mensch, und also auch kein wahrer Staatsmann, als allgemeine Maxime wird gelten lassen. Machen wir sogleich die Anwendung auf die Theilung Polens!

War die Republik Polen in einem so traurigen Verfall, daß man an ihrer Rettung hätte verzweifeln müssen, wenn nicht Rußland und Preussen mit der Theilung

ins Mittel getreten wären? Nein! Polen hatte sich selbst gerettet, und war auf den Punkt, zu einem wohl eingerichteten Staat umgeschaffen zu werden, wenn nicht Rußland und Preussen diese Umschaffung wider Recht und Gerechtigkeit gehindert hätten! — Fernar:

Ist die Regierung der russischen und preussischen Staaten so gelinde und so beglückend, daß man wünschen müßte, ein Bürger derselben zu werden? Nein! Denn in Rußland und Preussen giebt es keine Bürger, sondern bloße Unterthanen, die von den Regenten willkürlich beherrscht und durch ungeheure Abgaben gedrückt werden. In der That, lieber ein Bürger einer kleinen Reichsstadt, als Inwohner eines großen mächtigen Reichs, dessen gerühmter Wohlstand dem Hofe und den Großen zufließt und eigenthümlich gehört, dagegen Armuth und Last den Handwerker und Landmann drückt!

Nach dem System einer gesunden Politik liegt

b) dem Staat gar nichts daran, sich extensive zu vergrößern,

da auch ohne das der angegebene Zweck desselben erreicht werden kann. Was sich der Staat sonst noch als Zweck vorsetzt, z. B. Demüthigung seiner Nachbarn, Erweiterung seines Gebiets, das ist vom Uebel, das befördert die Wohlfahrt desselben nicht, sondern befriedigt nur die Herrschsucht der Regenten. — Wann wird man doch begreifen, was in diesem Jahr millionenmal gesagt worden ist, daß die Vergrößerung eines Staats, er sey mächtig oder unbedeutend, die Bürger um nichts glücklicher, sondern nur einige wenige begüterter macht, und daß die Mehrer des Reichs, womit man den deutschen Kayfern schmeichelt, genau genommen sehr unnütze Werkzeuge sind, die man wohl verwünschen müßte, wenn sie darauf ausgiengen, diesem Titel Ehre zu machen.

Vorausgesetzt, daß der Besitz einiger polnischen Provinzen dem russischen und preussischen Hofe sehr zuträglich war, um etwa dadurch das Uebergewicht über andere Staaten zu erhöhen und die Pforte desto

<http://rcin.org.pl> mehr

mehr in Achtung zu erhalten *) — war dies darum dem Lande selbst ersprießlich? Gewinnen durch eine solche Vermehrung die Unterthanen an Erleichterung, an Freyheit und bürgerlicher Glückseligkeit, worauf bey allen Staatsaktionen die erste Rücksicht genommen werden sollte? Eroberungen und Ländergewinn begünstigen allemal die Herrschfucht der Regenten und geben dem Despotismus neue Nahrung, wer kann dem Volke dazu Glück wünschen? Das Volk sollte bey den Triumphen seiner Fürsten Trauerkleider anlegen, und das feyerliche Te Deum mit einem kläglichen Busliede begleiten **)!

Indefs

*) Rußland, Oesterreich und Preussen sind aber an sich mächtig genug, um den Türken, samt allen asiatischen Despoten die Spitze zu bieten; und wenn man nur nicht versuchte an ihren Ländereyen zu zwakken, wo es nur geschehen kann, so würde man vor diesen vermeintlichen Feinden der Christenheit gewiß sicher bleiben.

**) Je mächtiger der Fürst wird, desto willkührlicher seine Regierung, das liegt schon in der menschlichen Natur. Ein Fürst darf für seine Person keine Macht haben, sonst sucht er sie zu gebrauchen und macht aus Bürgern bloße Unterthanen. Die Macht gehört der Nation, die sie ihm, so lange er Regent

Indefs könnte es seyn, daß die Theilung Polens für die Unterthanen der alliirten Mächte in Zukunft sehr vortheilhaft würde: aber giebt das schon ein Recht zu einer sonst ganz unbefugten Besitznehmung eines Landes? Darf sich jemand erfrechen, das Vermögen eines Taugenichts, der von Zinsen lebt, anzutaften, um es zum Wohl seiner Familie oder zu allgemein nützlichen Absichten zu verwenden? Ist der nicht ein schändlicher Dieb, der um ein großes Gastmahl auszurichten, Ochsen und Mastvieh und Wein dazu stiehlt oder den Schweiß seiner Sklaven auf-tischt? — Wollt ihr, Götter der Erde, euer Land mit Wohlstand und Bürgerglück traktiren, so bedarf es keiner Eroberungen und keines äußern politischen Glanzes; lebt menschlich, schenkt uns Freyheit und freyen Gebrauch unserer Kräfte, übt Recht und Gerechtigkeit, und laßt uns mehr als die Hälfte von dem Lohne unserer Arbeit! Wenn ihr das thut, so thut ihr, was
 ihr

ist, freywillig leihet, ihm aber abnehmen kann, wenn er seine Regentenpflichten übertritt. — So lange ihr dieses Recht an euren Fürsten nicht ausüben könnt, so ist alle eure Freyheit nur Dunst,

ihr schuldig seyd, ihr gebt uns nur wieder, was man uns genommen hat und was wir mit Recht fordern können, aber Dank und Liebe und unsterblicher Ruhm wird euch von jedem braven Manne dafür werden, in-
 desß eure Eroberungen und Kriege in den Jahrbüchern der Nachwelt nur als Zeitungsnachrichten aufgezeichnet, und euer Andenken nur eurem Namen gelten wird!

Doch wozu Worte, die nicht gehört werden und noch weniger zu Herzen gehen! Unsere Fürsten sitzen ruhig auf ihren Thronen, gehüllt in einen Nimbus von Hoheit und Majestät, und spielen mit dem Gut und Blut ihrer Unterthanen wie mit Federbällen, und die Wahrheit? die Menschlichkeit? — Ich fürchte, sie wird nicht eher gehört und beherzigt werden, bis alle Welt in Allarm kommt und mit Gewalt fordert, was die Gewalt uns entri-
 fen hat. — Revolutionen sind ein trauriger Behelf für die gedrückte Menschheit, aber sie sind auch das einzige Mittel, der Tyrannei verblendeter Fürsten und eigen-
 nütziger Höflinge Einhalt zu thun, und keine weltliche Macht wird ihren Ausbruch

hindern können, so lange man den Menschen ihre unverlierbaren Rechte und Freyheiten vorenthält, und zur Befriedigung der Lüfte und Capricen der Fürsten und des Hofgesindels die Güter, der Bürger und Landleute plündert!

Vierte Abtheilung.

Ist die Theilung Polens nach den Sophismen der Hofpolitik scheinbar rechtmässig?

Die ganze bisherige Untersuchung über die Rechtmässigkeit der Theilung Polens wurde aus bloßer Vernunft, und ohne Hinsicht auf die wahren oder falschen Gründe, welche in den Manifesten der alliirten Höfe für die Theilung sprechen, geführt. Dies mußte nothwendig geschehen, wenn unsere Prüfung vernunftmässig und vollständig seyn sollte; wir mußten vorerst das bloße Faktum vor Augen nehmen, und es von gewissen Seiten betrachten (Abtheil. I. II. III.), worauf die politische Welt gewöhnlich nicht achtet, und die doch bey Gegenständen der Art als die wichtigsten Entscheidungspunkte gelten müssen.

Die Resultate der vorhergehenden Untersuchungen zeigten uns die Theilung der Republik Polen als eine höchst unmoralische,

sche, widerrechtliche, ja sogar gefunden politischen Grundsätzen zuwiderlaufende Handlung; man wird also nicht erwarten, daß die nun folgende Prüfung den statum rei umkehren, und was einmal als Unrecht erkannt ist, durch politische Seitensprünge zu Recht gedreht werden könne. Dies und nichts anders sind die wohlwogenen Gründe, nach welchen Se. Majestät der König von Preussen mit Einstimmung Ihrer Russisch-Kaiserlichen Majestät anerkannt haben, daß die Republik Polen durch eine neue Theilung in solche Schranken gesetzt werden müsse, die ihrer innern Stärke und ihrer noch zu erringenden Glückseligkeit angemessen sind.

Beyor wir alle in den Theilungsmanifesten befindlichen Sophismen genauer ansehen, wollen wir über das Wesen des allgemeinen politischen Systems der europäischen Mächte etwas weniges beybringen, was uns bey der folgenden Prüfung zu statuten kommen wird.

Was ist die Politik der europäischen Mächte? Sie ist ein verschrobenes intrigantes System von Grundsätzen, die Ehre, den Glanz und die Herrschaft der regio-

renden Häufser auf Unkosten anderer zu vermehren. — So einfach die Grundsätze der wahren Politik sind, und so leicht sie auf die Beförderung des Zwecks eines Staats angewendet werden könnten, wenn man Lust dazu hätte, so tief verschlungen und verwickelt, so mannichfaltig und veränderlich sind die Künste der Hofpolitik, so viel Intrigué, so viel Raffinements und verborgene Schleichwege gehören dazu, um sie in Ausübung zu bringen, und das Interesse der Höfe unter dem Schein der Ehrlichkeit und einer gewissenhaften Vorsorge für das Wohl des Landes zu befördern. Die Politik der europäischen Mächte geht ohne Ausnahme auf den angegebenen Zweck der Vergrößerung und Erweiterung ihrer usurpirten Herrschaft; aber jeder einzelne Hof hat sein eigenes, oft geheimes System, seine eigene Staatsklugheit, und seine besondern Machinationen, die er gegen die übrigen, mit denen er vielleicht in Verbindung steht, spielen läßt; man alliirt sich zu einer gewissen Absicht und arbeitet immer gegen einander — einer sucht den andern zu hintergehen, und jeder will den meisten Vortheil für sich ziehen.

Das bestehende System der Politik findet alle Mittel erlaubt, die zu der Erreichung ihres löblichen Zwecks führen können, und vorzüglich operirt der Finanzgeist der Fürsten und Minister, der nie gröfser war, als in diesen Zeiten, ohne Unterlass an der Herbeischaffung des allernothwendigsten Mittels, sich Macht und Ansehen zu erwerben. Man sucht alle Vorthteile, die das Land von seiner Lage, von seinen Producten, von seinem Handel u. s. f. für sich gewinnen könnte, dem Hofe zuzuwenden; man beschwert das Volk mit einer Menge von Abgaben, die es kaum erschwingen kann, und ist so unmenschlich, auch auf die unentbehrlichsten Bedürfnisse des Lebens drückende Imposten zu legen, um ja von allem mitzuzehren, was die Unterthanen im Schweisse des Angesichts erworben haben — aber was hilft's? Diese Unmenschlichkeiten füllen die Schatzkammern, geben dem Staate (wollte sagen dem Hofe) ein politisches Gewicht, und befriedigen die Bedürfnisse des regierenden Hauses!

Kriege sind ohne Widerrede ein Schandfleck für die Menschheit, und kosten

sten obenein viel Menschenblut, viel Geldaufwand, machen Jammer und Elend auf der Erde — aber nach dem Ermessen der faubern Staatsmänner sind sie ein nothwendiges Uebel und ein herrliches Mittel, zu Ehre und Macht zu kommen; man braucht es, so oft ein Stück Land zu gewinnen oder ein Mächtiger zu demüthigen ist — man opfert ohne Rücksicht, ohne Schonung, einer niedrigen Absicht, oft einer bloßen Caprice das kostbare Leben von vielen Taufenden auf, und bringt ganze Provinzen in drückendes Elend; das will die Politik, das heist die Klugheit gut — wer kann einen Namen für diese Ungeheuer finden? wer kann die Männer, die Fürsten und Rätthe ehren, die sich von ihnen leiten lassen?

Ich gestehe es, und nie habe ich ein so fürchterliches Geständnis abgelegt: Diese verwünschte Politik, welche dem wahren Zwecke der bürgerlichen Gesellschaft gerade entgegen arbeitet, ist bey der jetzigen Verfassung der europäischen Reiche für jeden bedeutenden Fürsten

das einzige, zweckmässigste Mittel, sein Land und seine Herrschaft vor der Raubsucht der mächtigern Monarchen zu schützen! Es ist ein allgemeiner Haß und ein geheimer Krieg der Regenten gegen einander; die Großen wünschen die Kleinern zu verschlingen, und diese müssen, was jene auch thun, alle nur mögliche Ränke, die ihnen die Klugheit an die Hand giebt, aufbieten, um durch List der stärkern Macht Widerstand zu leisten.

Was daraus werden soll? Wie lange dieser schmälige Zustand der Menschen dauern werde?

Ich mag darauf nichts antworten, die Nachwelt wird Rath schaffen, und ich bedaure jeden Philosophen, der diesem Uebel abzuhelfen sucht.

Die Theilung der Republik Polen läßt sich ohne lügenhafte Manifeste aus dem bestehenden Systeme der Politik sehr wohl

erklären, welchem zu Folge die Erweiterung der Herrschaft, sie geschehe durch Eroberungen, durch eigenmächtige Besitznehmungen oder durch listige Betrüge-
 reien, unter die ersten Pflichten eines Regenten gehört, deren Erfüllung ihm und dem Staate gleich vortheilhaft gehalten wird. Findet sich die geringste Veranlassung, diese erhabene Pflicht zu erfüllen, so fehlt es nie an beschönigenden Gründen, welche die Rechtmäßigkeit der höchsten Verfügungen darthun, und wenigstens dem großen Haufen glauben machen, daß das Haupt der Nation immer von den besten Absichten für das Wohl des Landes geleitet werde. Davon zeugen alle Kriegsmanifeste, welche, da sie ein jederzeit schändliches Unternehmen als nothwendig, vortheilhaft und gerecht aufstellen, nicht anders als lügenhaft seyn können; denen man aber doch Beyfall giebt, wenn die Lage der Sachen einen Krieg, besonders wo es auf Vertheidigung ankommt, nothwendig zu machen scheint, wo man denn sagt: Dieser Krieg ist nach Grundsätzen der Hofpolitik rechtmäßig, den eine gesunde Politik nie rechtfertigen wird.

In den Theilungsmanifesten der alliirten Höfe findet sich aber nicht einmal diese scheinbare Rechtmässigkeit, und die ganze Deduction derselben kündigt ein so offenes Unrecht an, das es unbegreiflich wird, wie Catharina II und Friedrich Wilhelm von Preussen einen Schritt thun konnten, der sie der Verachtung der ganzen Welt blofs stellen mus. — Aber das leidige Interesse sitzt bey menschlichen Angelegenheiten immer oben an, und macht auch grosse und starke Geister zu seinen unterthänigen Dienern!

Alle Punkte in den Declarationen des russischen und preussischen Hofes sprechen so wenig für die Rechtmässigkeit der polnischen Theilung, das sie höchstens nur als *Beschwerden* gelten können, welche an eine freye Nation zu machen, eine fremde, feindselig gesinnte Macht nicht einmal befugt ist.

Die russische Kaiserin hatte, wie bekannt, die Constitution vom dritten May 1791. mit den Waffen umgestossen, und

liefs ihre Truppen auf dem Gebiete der Republik, um ihren Einfluß auf die innern Angelegenheiten derselben und auf die neue Regierungsform desto geltender zu machen. Preussische Truppen rückten in gleicher Absicht in Polen ein und besetzten mehrere feste Plätze. Man beschwerte sich über diesen gewaltsamen Einfall, und erhielt zur Antwort, daß die Truppen beider Mächte die gute Ordnung in der Republik wieder herstellen und die Einführung einer neuen Verfassung unterstützen sollten. Konnte man dabey gleichgültig bleiben? Die Warschauer Conföderation bot den Adel und die Nation auf, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben; aber die russischen Generale verweigerten ihr die Kanonen aus den Arsenälen der Republik, und droheten, es als eine Kriegserklärung anzusehn, wenn man das Vorrücken des preussischen Heers hindern würde. Das Aufgebot wurde widerrufen — aber wer konnte verhindern, daß nicht zwischen den vaterländischen und den fremden Truppen einige Gewaltthätigkeiten vorkämen, daß einige Bürger die Soldaten der eingerückten Corps insultirten,

und sie zu ermorden drohten, wenn sie widerrechtliche Schritte thun würden? Man war natürlich in hohem Grade unzufrieden mit dem Einmarsch fremder Kriegsvölker, die man weder gerufen noch herbeygelockt hatte *), und verwünschte sie in das Land zurück, wo sie besoldet wurden.

Aber das alles legt man in den Theilungsmanifesten der polnischen Nation zur Last, was doch nothwendige Folge der angefangenen Beleidigungen des Staats - und Völkerrechts war, und schildert sie als ein unruhiges Volk, das die längst erprobte Großmuth der russischen Kaiserin einerseits, und die Freundschaftsversicherungen des Königs von Preussen andererseits mit dem schändlichsten Undank erwidere.

O weh! Der schändlichste Undank und die tiefste Verachtung für eine solche Großmuth und für solche Freundschaft ist wahre Bürgertugend und Ausbruch eines

*) Wenigstens nicht die Nation, sondern die Feinde derselben, die Felix Potocki, Poninski, Rzewuski, Brancki, Kossakowski u. s. f.

nes reinen Gefühls für Großmuth und Freundschaft, wofür man an den Höfen nur das Wort hat. Welch' ein großmüthiger Freund, der sich ungebeten in die innern Angelegenheiten meines Hauses mischt, und darin nach Gefallen herrschen will! der mich thätlich angreift, weil meine Grundsätze den seinigen widerstreiten, der mir mein halbes Vermögen raubt, weil ich ihn aus meinem Hause werfen wollte! — Wie? eine freye Nation schafft sich eine Regierungsform, wobey sie glücklich zu werden glaubt, und fremde, nachbarliche Mächte geben sich das Ansehen, sie aus einem tiefen Elende retten zu wollen, worin die neue Veränderung sie unfehlbar stürzen wird, und zerstöhren mit Gewalt das angefangene Werk, wie, das ist Freundschaft, Großmuth? Das freye Volk bietet seine Kräfte auf, um der Gewalt zu widerstehen, und sich unabhängig zu erhalten — und das ist Verletzung der Freundschaft, schnöder Undank? Die stärkere Macht siegt, und das gedrückte Volk weifs kein Mittel zu seiner Rettung, als bey andern Mächten um Hülfe zu flehen, ihnen die Lage der Sachen, rein wie sie ist,

vorzustellen — und das heißt, geheimen Ränken Platz machen, bey fremden Höfen Cabalen anzetteln, und die Nation wider einen freundschaftlich gefinnten Hof aufwiegeln?

Seht! die feine, versteckte Politik hat sich in den Theilungsmanifesten überaus offen gezeigt; es sind hier keine geschraubte Sophistereyen zu lösen, die pure Wahrheit liegt klar vor Augen: man hat das Unrecht in aller Einfalt von sich ab auf den andern Theil gewälzt, und die Umstände so ungeschickt verdreht, das es Jedermann erkennen kann.

Doch, laßt uns einmal zugeben, das die polnische Nation sehr unrecht that, da sie die (unnöthige) Vermittelung des russischen und preussischen Hofes nicht annehmen wollte, da sie sich den Truppen dieser Mächte widersetzte, und ihr weiteres Vorrücken mit Gewalt zu verhindern suchte, da ein polnisches Piquet einen preussischen Husaren, der auf ihrem Gebiete patrouillirte, verwundete, und verwegene Bürger harte Reden gegen die russischen

schen Soldaten austriessen — konnte dies etwas mehr veranlassen, als Beschwerden von Seiten des russischen und preussischen Hofes, an die Republik Polen? Konnte man für diese vermeyntliche Verletzung des Völkerrechts etwas mehr fordern als Genugthuung? Oder, das Aergste angenommen, alle jene Vorfälle durften höchstens zu einer Kriegserklärung berechtigen, und in den Manifesten als veranlassende Ursachen zum Kriege aufgeführt werden — ein Ehrenkrieg, dergleichen von Anbeginn der Welt in Menge geführt worden sind: — aber auf so zweideutige Facta billige Ansprüche auf mehrere Provinzen Polens zu gründen, und sie durch Hülfe der Waffen geltend zu machen, das ist ein Salto mortale, ein Sprung vom Unrecht zum Recht, den jede Menschenvernunft widersprechend finden muß. Das haben auch die hohen allirten Mächte hinlänglich gefühlt, und deswegen auf Genugthuung, Entschädigung und auf alles Verzicht gethan, wozu sie sich, ihrer Meynung nach, berechtigt glaubten. Denn so heist es in der russischen Note: „Aber die Kaiserin, „die seit dreissig Jahren daran gewöhnt

„ist — würde ihre uneigennützigem Be-
 „mühungen immer fortgesetzt und immer
 „fortgefahren haben, alle ihre zu führen-
 „den Beschwerden, so wie die billigen An-
 „sprüche, zu welchen jene sie berechtigen,
 „ruhen zu lassen, wenn nicht Unannehm-
 „lichkeiten von einer noch wichtigern Art
 „zu befürchten wären.“ Dies führt nun
 zum Hauptpunkt in den Manifesten, wo-
 rauf die alliirten Höfe die Rechtmäßigkeit
 ihres Verfahrens einzig und allein grün-
 den — er ist seltsam und wichtig genug,
 um genau geprüft zu werden.

Russische Note:

„Der unnatürliche Wahnsinn eines vor
 „kurzem noch so blühenden, jetzt entehr-
 „ten, zerrissenen und an den Rand eines
 „Abgrunds, der es zu verschlingen droht,
 „gebrachten Volkes, dieser Wahnsinn,
 „der ein Gegenstand des Abscheus für jene
 „unruhigen Köpfe (polnische) hätte seyn
 „sollen, scheint ihnen vielmehr ein nach-
 „ahmungswürdiges Muster zu seyn. Sie
 „suchen in das Innere der Republik jene
 „höllische Lehre einzuführen, welche eine
 „gottlose, kirchenschänderische und abge-
 „schmack-

schmackte Sekte zum Unglück, und zur Zersthörung aller religiösen, bürgerlichen und politischen Gesellschaften erfonnen hat. Schon sind in der Hauptstadt, so wie in verschiedenen Provinzen Polens, Clubs errichtet, die mit den Jakobinern zu Paris verbrüderet sind, sie verspenden ihr Gift insgeheim, flößen es den Gemüthern ein, und lassen es darinn gähren.

„Die Errichtung einer für alle diejenigen Mächte, deren Staaten an das Gebiet der Republik gränzen, so gefährlichen Brandstätte mußte natürlich ihre Aufmerksamkeit rege machen. Sie sind gemeinschaftlich auf die wirksamsten Mittel bedacht gewesen, das Uebel in der Geburt zu ersticken, und das ansteckende Gift von ihren Grenzen abzuhalten. Ihro Maj. die Kayserinn aller Reussen, und Sr. Majestät der König von Preussen haben mit Einstimmung Sr. Maj., des Römischen Kayfers, kein wirksameres Mittel zu ihrer respektiven Sicherheit gefunden, als: die Republik Polen in engere Grenzen einzuschliessen, und ihr eine solche Existenz und solche Grössenverhältnisse zu geben, welche ihr als einer Mittelmacht angemessener sind, und

ihre

ihr die Mittel erleichtern, sich ohne Nachtheil ihrer alten hergebrachten Freyheit eine weise, wohlgeordnete Regierung zu verschaffen und zu erhalten, und die zugleich thätig genug sey, um allen den Unruhen und Unordnungen zu steuern, die schon so oft ihre eigene innere Ruhe so wol, als die Ruhe ihrer Nachbarn unterbrochen haben. Vereint zu diesem Zweck durch einerley Absichten und Grundsätze hatten Ihro Maj. die Kayserinn aller Reussen und der König von Preussen sich innig überzeugt, daß sie dem gänzlichen Umsturz, womit die Republik durch die Zwietracht in ihrem Innern, und vornehmlich durch die ungeheuren und irrigen Meynungen bedroht wird, welche man darinn zu äußern anfängt, nicht besser vorbeugen können, als wenn sie Ihren respektiven Staaten diejenigen Provinzen Polens, welche jetzt daran grenzen, wirklich einverleiben, und von diesem Augenblick an sich in den wirklichen Besitz derselben setzen, um sie bey Zeiten vor den traurigen Wirkungen jener Meynungen, welche man darin zu verbreiten anfängt, sicher zu stellen qq.“

Das preussische Patent ist mit dem russischen ziemlich gleichlautend, und giebt in wesentlichen dieselben Ursachen der Nothwendigkeit einer Theilung Polens an, und enthält eben so kräftige, übertriebene Ausdrücke, wie das russische; ich brauche es also nicht in extenso anzuführen.

Die angezogene Deklaration der alliirten Mächte hat so viel Anschein von Großmuth gegen die polnische Nation, und von landesväterlicher Vorsorge für ihre eigenen Unterthanen, daß gutmüthige nicht genugsam unterrichtete Leser die Theilung Polens nicht so unrechtmäßig und widerrechtlich finden werden, als die bisherige Untersuchung ausgewiesen hat.

„Man hat in der Hauptstadt des Landes und in mehreren Provinzen politische Gesellschaften errichtet, und sucht die schändlichen und verderblichen Grundsätze des Jakobinismus in Polen auszustreuen, um nach und nach die Republik in dieselbe Anarchie und Gesetzlosigkeit zu stürzen, worunter gegenwärtig Frankreich leidet. — Die nachbarlichen Mächte besorgen alles für die Existenz und die Wohlfahrt Polens; und ihrer eigenen angrenzenden

den Länder; sie werfen sich ins Mittel und suchen mit Güte und mit Gewalt die polnischen Bürger von einem unabsehblichen Elende zu retten, das zugleich ihre eigenen Staaten bedroht. Aber sie kennen nur ein recht wirksames Mittel ihre wohl-gemeynten Absichten zu erreichen, nämlich der Republik Polen engere Grenzen zu geben, und sie das Glück eines mittelmäfsigen Staats geniessen zu lassen, der zu ohnmächtig ist, um politische Präensionsen zu machen, und durch innere Coalitionen die benachbarten Länder in sein Verderben zu ziehen; sie nehmen also einen beträchtlichen Theil von Polen in Besitz, helfen dem reducirten Staate sich eine wohlgeordnete Regierung zu verschaffen, und garantiren sich wechselseitig ihre Länder und Freyheiten. — Das ist alles sehr gut und edel gehandelt, und die Einwohner der neu acquirirten Provinzen werden unter russischer und preussischer Herrschaft gewifs so glücklich leben, als das übrige Polen durch die engere Verbindung mit den hohen alliirten Mächten von alle den Uebeln befreyt werden wird, wogegen es un-aufhörlich zu kämpfen hatte!“

Lü-

Lügende Grobsmuth! — Ich verachte den offenbaren Betrüger von Grunde des Herzens, aber der versteckte Sünder, der sich in den Mantel der Gerechtigkeit hüllt, um seine Schandthaten zu bedecken, ist mir das hasenswürdigste Geschöpf unter Gottes Sonne, und alle Handlungen, die bey einem Schein von Edelmuth niedrige Absichten zum Zweck haben, empören um so mehr das moralische Gefühl, da sie den Charakter der Moralität verläugnen, und doch die Außenseite derselben zeigen! Was ich bey dem ersten Lesen der Theilungsmanifeste empfand, mag ich nie wieder empfinden; es waren die bittersten Gefühle, die ich je gehabt habe, und noch jetzt kostet es mir Mühe, über diesen Gegenstand mit derjenigen Ruhe zu sprechen, welche für die gegenwärtige Untersuchung gehört.

I.

Der erste und wichtigste Vorwurf, den man der Deklaration der alliirten Mächte machen muß, ist dieser: daß sie keine Deduktion von *Rechtsansprüchen* auf einige polnische Provinzen liefert, damit die Besitznehmung

derfelben als von Gott und Rechtswegen erlaubt erkannt werde, sondern die Theilung Polens als *Mittel* zu irgend einer Abficht behandelt, deren Erreichung ebenfalls nur den theilenden Mächten zu Statten kommt. Weil in der Republik Polen, heißt es, gefährliche Grundsätze herrschen, die unfern eigenen Staaten nachtheilig werden können, so — nehmen wir die angrenzenden Provinzen der Republik in Besitz, um — sie und unfre Unterthanen bey Zeiten vor dem nahen Verderben sicher zu stellen.

Welche unerhörte Procedur in einer so wichtigen Angelegenheit! dem eigenen Interesse zu lieb, und um ein wahres oder eingebildetes Unglück von sich abzuwenden, greift man in das Vermögen anderer Menschen, und eignet es sich wider Recht und Gerechtigkeit zu! Wer kann das gut heißen, und welche Polizey würde ein solches Verfahren bey Privatpersonen ungestraft hingehen lassen? Dürfen die Fürsten allein dem Rechte trotzen, und um eigennütziger Absichten willen das Eigenthum eines fremden, freyen Volks antasten, wor-

auf

auf sie sonst keine Ansprüche machen können?

Kein Mensch darf seinem Interesse das Leben und die Güter anderer Menschen aufopfern, weil er sie dann als Mittel zu seinen Absichten brauchen würde, da sie, als Personen, Zwecke an sich sind, und jederzeit als solche behandelt werden müssen; eben so wenig darf auch ein Fürst zu Gunsten seines Volks die Wohlfahrt anderer Völker beeinträchtigen und ungerecht handeln, um seinem Lande dadurch Vortheile zu verschaffen, die allen Werth verlieren, sobald sie auf Unkosten anderer erkaufte werden. Ist nämlich ein Fürst so weit gekommen, daß er sein Volk respektirt und sich einzig und allein der Beglückung desselben widmet, so wird er in eben dem Maasse jedes andere Volk respektiren und ihm, als einem bürgerlichen Ganzen, denselben Grad von Wohlstand und Glückseligkeit gönnen, auf welchen er sein Land zu führen gedenkt — mithin auch nie zum Besten seines Staats Maafsregeln gegen einen andern Staat ergreifen, die dem Besten desselben entgegen stehen, und

Achtung verletzen, welche allen politischen Corporationen gebührt.

Gesetzt, ein aufgeklärter Regent führte in seinen Staaten völlige Denk- und Pressfreiheit ein, und man machte von diesem unschätzbaren Gute einen zweckmäßigen Gebrauch, daß über Gegenstände aller Art mit anständiger Freymüthigkeit gesprochen und geschrieben würde, wodurch eine Menge Ideen in Umlauf kämen die dem herrschenden politischen und religiösen System der benachbarten Länder zuwiderliefen, und die Besorgniß erregten, daß die neuen Meynungen weiter verbreitet, und den angrenzenden Provinzen gefährlich werden könnten — würde es da nicht höchst ungerrecht und sogar lächerlich seyn, wenn die benachbarten katholischen, oder protestantisch-katholischen Fürsten jenem wackern Regenten ins Land fielen und einen Theil derselben in Besitz nähmen, um ihre Unterthanen vor den traurigen Folgen der Pressfreyheit zu verwahren? Das Mittel könnte der Absicht entsprechen, aber wäre man darum befugt, es auch anzuwenden?

Angenommen also, was wir nicht für gewiß ausgeben, daß sich in der Republik

Polen verderbliche Grundfätze eingefchlichen hatten, welche die Aufmerksamkeit der benachbarten Mächte rege machen mußten — angenommen, daß sie kein wirksameres Mittel ausfindig machen konnten (oder wollten), um die große Gefahr von ihren Staaten abzuwenden, als daß sie die angrenzenden Provinzen Polens in Besitz nahmen — waren sie darum auch *berechtigt*, von diesem Mittel sogleich Gebrauch zu machen, und ohne sonstige rechtliche Gründe, eine ganze Nation um die Hälfte ihres Vermögens zu bringen, um dadurch ihrem eigenen Lande nützlich zu werden? Darf ich, was ich für meinen Zweck am dienlichsten und wirksamsten fände, ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit sogleich in Ausübung bringen? Dann wären Diebstahl und Betrügereyen erlaubt, wenn man in Noth ist, dann wäre man berechtigt das Volk aufzuwiegeln, wenn es von Despotismus gedrückt würde, dann könnte man alles thun, was die Selbstsucht und der Eigennutz oder auch die Klugheit für das Beste erkennt! Diese saubere Moral verachtet Jedermann, aber Jedermann übt sie mehr

oder weniger aus, bleibt sie darum weniger schändlich?

Die alirten Mächte erkennen die Theilung Polens für das würksamste Mittel zur respektiven Sicherheit ihrer Staaten, und halten sich darum auch berechtigt, dieses Mittel anzuwenden, das heisst:

- 1) sie massen sich an, eine große freye Nation für ihre ebenfalls freyen Meynungen zu strafen —
- 2) Die Untheilbarkeit der polnischen Republik ihren eigenen Vortheil zu lieb aufzuheben, und sonach die Existenz und das Wohl eines fremden Staats aufzuopfern, um dadurch die Existenz ihrer Staaten desto glänzender zu machen!

Mit solchen Grundsätzen kann man nun noch öffentlch auftreten um eine Handlung zu rechtfertigen, die auf den ersten Blick eine Verletzung der, jedem Menschen, und noch mehr einem ganzen Volke gebührende Achtung ankündigt.

II.

Lasst uns nun das Faktum selbst, worauf die theilenden Mächte ihre Beschwerden

und

und Ansprüche gründen, genauer ansehen, und wenn wir es richtig befinden, die wichtige Frage erörtern: ob sie dessen ungeachtet befugt waren, sich auf eine so entscheidende Art in die innern Angelegenheiten der Republik zu mischen, und ihr nicht nur eine beliebige Verfassung zu geben, sondern auch die Grenzen ihrer Besitzungen so willkührlich zu bestimmen, als sie wirklich gethan haben?

„Die polnische Nation hat die unsinnigen Meynungen der Neufranken begünstigt, und unter sich verbreitet; man hat in der Hauptstadt und in mehreren Provinzen geheime Clubs errichtet, die mit den Jakobinern zu Paris verbrüdet sind.“

Diese Beschuldigung ist 1) nur zum Theil wahr! 2) das Wahre daran kann nicht der Nation, sondern nur einigen Gliedern derselben zur Last fallen, die also dafür blos bey der Nation, und keinesweges bey einer fremden Macht verantwortlich werden.

Es ist wahr, das die polnische Nation, gleich den Neufranken, ernstliche Versuche

che gemacht hat, das Joch der Sklaverey, worunter eine despotische Verfassung sie gebracht hatte, abzuschütteln, und sich eine gesetzmäßige, bürgerliche Freyheit zu erringen; es ist bekannt, daß ihre Versuche ungleich gemäßigter waren, und mit weit mehr Ordnung und Menschlichkeit ausgeführt wurden, als die der französischen Republikaner, bey denen sich gleich anfangs der verderbliche Partheygeist entwickelte, welcher die zu einem solchen Werke nothwendige Zusammenstimmung der ganzen Nation verhinderte, und die Anarchie in Frankreich herbeyführte. — Die französische Revolution hatte die völlige Umformung des Staats und gänzliche Vernichtung des alten Systems zum Zweck, weil man sich auf keine andere Art retten zu können glaubte; die Revolution in Polen wollte nur die Hauptgebrechen des Staats heben, und ohne ihn von Grund aus zu erschüttern, bloß verbessern und wegschaffen, was die Freyheit und Glückseligkeit des Volks gehindert hatte, daher auch die neue Constitution immer sehr mangelhaft blieb. — Die französische Revolution warf alles nieder, was in die neue Form der

Dinge nicht passte, oder sich nicht fügen wollte; man hob den Adel auf, und setzte die Geistlichkeit auf bürgerlichen Fuß; in Polen schonte man dieser beyden in allen Staaten vielgeltenden Stände, und schränkte sie nur ein, um dem zahlreichen Corps der Bürger ihre unverlierbaren Rechte an allem, was der Nation gehört, wieder geben zu können. — Das waren doch wahrlich keine gottlosen, alle bürgerliche und religiöse Bande aufhebenden Schritte; das Werk der Staatsverbesserung, woran der größte Theil der Nation bis zum dritten May 1791 und einige Zeit darauf, lebhaften Antheil nahm, war doch zuverlässig nicht die Errichtung einer gefährlichen Brandstätte für alle benachbarten Mächte? Oder will man die wohlthätigen Reformen, welche Polen durch die Revolution zu bewerkstelligen suchte, mit den Machinationen der Jakobinischen Parthey zu Paris in eine Classe setzen?

„Das nun eben nicht, so wie überhaupt in den Manifesten von der „längst begrabenen Constitution nicht „die Rede seyn kann, sondern nur von „den ungeheuren Grundsätzen der mit

<http://rcin.org.pl> den

„den Jakobinern verbrüdereten Clubs
„in Polen.“

Das dergleichen politische Gesellschaften in Polen existirt, daß sie Meynungen geäußert und heimlich verbreitet haben, welche dem herrschenden System anderer Länder zuwider liefen, wollen wir eingestehen. Aber:

Diese Clubs (welche eine natürliche Folge von der gewaltsamen und eigenmächtigen Aufhebung der neuen Staatsveränderung waren, wodurch viele Gemüther erbittert und veranlaßt wurden, die Grundsätze der Freyheit und Gleichheit im französischen Sinn auszustreuen, um das Volk gegen die fremden Unterdrücker aufzuwiegeln) diese Clubs wurden nicht öffentlich geduldet, die Nation hatte keinen Antheil daran, und konnte keinen Antheil nehmen, weil der russische und preussische Hof Vorkehrungen getroffen hatte, um die alte Verfassung wieder herzustellen, und die Nation durch Gewalt gezwungen wurde, sich nach den Vorschriften der alliirten Mächte zu fügen: die Meynungen von Freyheit und Gleichheit

waren also keineswegs national, wie in Frankreich, sondern freye Aeufserungen mehrerer Privatpersonen, indem die Manifeste selbst sagen, man fange an gefährliche Grundsätze auszubreiten: mithin kann auch die Beschuldigung, worauf man in den Theilungsakten baut, gar nicht der Nation oder den Repräsentanten derselben, sondern den Clubisten zur Last fallen, die dann bey der Nation verantwortlich werden, gegen die sie allein gesündigt haben, wenn es doch Sünde seyn soll, dem Volke die Augen zu öffnen.

Indefs, die Richtigkeit des obigen Faktums wegen der Existenz gewisser jakobinischer Clubs und ihrer geheimen Machinationen eingeräumt, entsteht nun die Frage: ob die fremden Mächte ein Recht hatten, einmal, jene politischen Gesellschaften aufzuheben und sie ihrer Verbrechen wegen zu strafen, dann, die ganze Nation um gewisser Meynungen willen (die aber, wie wir wissen, nicht herrschend waren) öffentlich anzuklagen, und sie dafür zu züchtigen?

1) Die Bestrafung der Verbrecher, und die Aufhebung gefährlicher Rotten (um

aufs Stärkste auszudrücken) kommt natürlich Niemanden, als der exekutiven Gewalt in einem Staate zu, welche über die Befolgung der Gesetze und über die Sicherheit der Bürger wachen soll — der nachbarliche Staat darf in dieser Hinsicht nichts weiter thun, als Vorstellungen machen und höchstens um die Aufhebung gewisser Anstalten, die ihm nachtheilig werden könnten, ersuchen; aber auch dies leidet viele Einschränkungen, und darf nur auf solche Anstalten ausgedehnt werden, die in demselben Lande, wo sie gemacht worden sind, schädlich werden könnten, indem die Güte bürgerlicher Anordnungen lediglich auf den Vortheilen beruht, welche der Staat dadurch erhält, und nicht, wie es wohl seyn sollte, nach dem allgemeinen Besten gemessen wird. So ist das Verbot der Einführung fremder Waaren für manches Land sehr vortheilhaft, und wird in eben dem Maasse andern nachtheilig, als dadurch das allgemeine Verkehr gehindert wird: aber welcher Regent kümmert sich um das Wohl der Nachbarn, wenn seinem Lande geholfen werden kann? — Duldet der Staat freye Religionsübung für alle Sekten,

ten, und Pressfreyheit für alle denkende Köpfe, so ist kein anderer Staat befugt, um die Aufhebung dieser Freyheiten anzufuchen, noch weniger darauf zu dringen, weil er so wenig ein Recht auf die Meynungen als auf die Güter eines fremden Volks erweisen und ausüben kann.

Die wahnsinnigen Grundfätze von Freyheit und Gleichheit, welche durch die politischen Clubs unter dem Volke verbreitet wurden, mögen nun von der Art gewesen seyn, das sie für die Republik und für die angränzenden Länder gefährliche Folgen haben konnten, so kam es dem Könige und der Nation zu, diese Clubs aufzuheben und den Strom des Wahnsinns zu hemmen; die benachbarten Mächte konnten in Rücksicht ihrer Unterthanen darum noch mehr ersuchen, und in ihren eigenen Ländern Vorkehrungen treffen, das der etwanige Schade wieder gut gemacht würde — aber weiter zu gehen, und die exekutive Gewalt über die polnischen Bürger dem Könige und dem Senate zu entreißen und sie mit den Waffen geltend zu machen, das war ein Eingrif in die Gerechtsame eines

freyen Volks, das sich selbst zu regieren versteht.

2) Gesetzt aber, der größte Theil der Nation zusammt dem Könige und Senate hätten das System der Freyheit und Gleichheit gebilligt, man hätte es geflissentlich verbreitet (was doch nicht geschehen ist), und darauf ein gemeinsames Wesen und eine Verfassung gegründet, die ein Gegenstück zu dem Despotismus der benachbarten Monarchien geworden wäre — wer durfte das freye polnische Volk daran hindern? Wer gab Rußland und Proußen ein Recht, über die Verfügungen einer großen Nation zu sprechen, und sich eine Herrschaft über die Meynungen derselben anzumassen, die sie genau genommen nicht einmal über ihre eigenen Unterthanen ausüben dürfen? — Der Staat ist eine Familie unter bürgerlichen Gesetzen, die jeder Hausvater mit Zustimmung der Familienglieder nach Gefallen schaffen kann; wer darf mich hindern, in meinem Regiment gleiche Rechte und Freyheiten genießen zu lassen, und selbst die dienende Klasse davon nicht auszuschließen? Offenbar ist dies ein natürliches, unveräußerliches Recht, das jeder

Staat ausübt und mit vollem Fug ausüben kann, ohne bey andern um Erlaubniß dazu anzufragen — und doch hat man der Republik Polen das Recht ver sagt, man hat sie öffentlich angeklagt und ihr die Hälfte ihres Vermögens genommen, weil sie jenes Recht ausüben zu wollen schien; wie konnte man sich zu solchen Schritten befugt halten? Wie konnte man sich anmaßen, ein freyes Volk zu züchtigen, das keine andere Souveränität anerkennen darf, als die ihrer eigenen Gesetze?

„Aber die Einführung des Freyheits- und Gleichheitsystems konnte in der Nachbarschaft Empörungen und Rebellionen veranlassen; die Ruhe und Glückseligkeit von ganz Europa kam in Gefahr!“

1) Die polnische Nation hatte die vorgeschriebenen Grundsätze nicht angenommen, und war nicht willens eine Verfassung darauf zu gründen, auch konnte sie das nicht, weil sie, nach dem Umsturz der Constitution, sich lediglich von fremden Händen mußte leiten lassen. Die Aufhebung der politischen Clubs, von denen man allein

etwas fürchten konnte, kam Niemanden als der Nation zu (S. 56., 57.), und sie würde erfolgt seyn, ohne daß fremde Truppen und Ländertheilungen nöthig waren.

2) Wir haben schon oben erinnert, daß kein Staat bey seinen Einrichtungen auf die guten oder bösen Folgen Rücksicht nimmt, welche sie für andere Länder haben können, weil er, wie jede einzelne Familie, die Freyheit hat, Gesetze und Anordnungen zu machen, wie sie ihm nützlich und wohlthätig scheinen (wenn sie nur nicht unmoralisch sind), und sich nicht anmaßen darf, über das Glück oder Unglück anderer Staaten zu wachen, da er für sich hinlänglich zu sorgen hat. Die Verfassung der amerikanischen Freystaaten könnte für die Nachbarn und für ganz Europa gefährlich werden, aber noch hat sie nirgends Rebellionen veranlaßt, und Niemanden ist es bis jetzt eingefallen, die Amerikaner für die Freyheit zu züchtigen, in die sie sich gesetzt haben.

3) Man betrügt sich, wenn man glaubt, daß durch die Einführung eines Systems

der Freyheit und Gleichheit *) die Ruhe und Glückseligkeit von Europa bedroht werde. Nicht doch! Nur die grossen und kleinen Despoten kommen dabey in Gefahr, die Nationen werden allemal gewinnen. Das System der Freyheit und Gleichheit (Gleichheit in Ansehung der Rechte und Verbindlichkeiten, nicht der Güter) ist die einzige Grundlage einer bürgerlichen Verfassung, die der Glückseligkeit, der Kultur und Sittlichkeit des menschlichen Geschlechts am günstigsten ist. Der Mensch muß frey seyn, sagt ein grosser Philosoph**), um

*) welches gerade nicht auf jakobinische Grundsätze gebaut seyn darf, wie heut zu Tage jeder Freyheitliebende Mann und jeder Vertheidiger der französischen Revolution unter die Jakobiner geworfen wird.

**) Kant: die Religion innerhalb den Grenzen der blossen Vernunft, p. 275, die Anm. — Die ganze Stelle mag hier statt aller Apologie bürgerlicher Freyheit stehen. „Ich gestehe, „dass ich mich im Ausdruck, dessen sich auch „wohl kluge Männer bedienen, nicht wohl „finden kann: Ein gewisses Volk (was in „der Bearbeitung einer gesetzlichen Freyheit „begriffen ist) ist zur Freyheit nicht reif:

um sich seiner Kräfte in der Freyheit zweckmässig bedienen zu können; soll das menschliche

„die Leibeigenen eines Gutseigenthümers sind
 „zur Freyheit noch nicht reif: und so auch
 „die Menschen überhaupt sind zur Glaubens-
 „freyheit noch nicht reif. Unter einer sol-
 „chen Voraussetzung aber dürfte die Frey-
 „heit nie eintreten; denn man kann zu die-
 „ser nicht reifen, wenn man nicht zuvor
 „in Freyheit gesetzt worden ist (man muß
 „frey seyn, um sich seiner Kräfte in der
 „Freyheit zweckmässig bedienen zu können).
 „Die ersten Versuche werden freylich roh,
 „gemeinlich auch mit einem beschwerli-
 „chern und gefährlichem Zustande verbun-
 „den seyn, als da man noch unter den Be-
 „fehlen, aber auch unter der Vorsorge ande-
 „rer stand; allein man reift für die Vernunft
 „nie anders, als durch eigene Versuche
 „(welche machen zu dürfen, man frey seyn
 „muß). Ich habe nichts dawider, wenn die,
 „welche die Gewalt in Händen haben, durch
 „Zeitumstände genöthigt, die Entschlagung
 „von diesen drey Fesseln noch weit, sehr
 „weit aufschieben. Aber es zum Grundsatz
 „machen, daß denen, die ihnen einmal un-
 „terworfen sind, überhaupt die Freyheit nicht
 „tauge, und man berechtigt sey, sie jeder-
 „zeit davon zu entfernen, ist ein Eingriff in

liche Geschlecht zur Vollkommenheit reifen, so muß es sich in Freyheit gesetzt haben, damit jeder! Einzelne für Alle und Alle für das Ganze arbeiten können, was und wie sie wollen. Man verwechsle nur nicht die rohen Ausbrüche des ersten Genusses der Freyheit mit den wohlthätigen Wirkungen, die sie unausbleiblich haben muß; erstere sind von dem Gebrauche der Freyheit eben so unzertrennlich, als Laster von der moralischen Freyheit in einem Wesen, das sich derselben allererst bewußt wird. — Bey dem Menschen geht alles vom Schlechtern zum Bessern; er ist böse von Natur (d. h. geneigt, schlechte Maximen aufzunehmen und gute Maximen zu verderben), und wird im Gebrauch der Freyheit gut — so ist er als moralisches Wesen, so auch als Bürger der Gesellschaft. Er geht aus der Sklaverey, und das erste Gefühl der Freyheit macht ihn gemeiniglich wild, zügellos, grausam, besonders

ge-

„die Regalien der Gottheit, die den Menschen
 „zur Freyheit schuf, Bequemer ist es frey-
 „lich, im Staat, Hause und Kirche zu herr-
 „schen, wenn man solche Grundsätze durch-
 „zusetzen vermag. Aber auch gerechter?“

gegen die Unterdrücker, aber der volle, ungestörte Genuss der Freyheit macht ihn auch empfänglicher für den Gehorsam gegen Gesetze, und er wird in dem Maasse menschlicher und glücklicher, als ihn das Gefühl einer freyen Wirkksamkeit hebt, und er seine Kräfte ungehindert gebrauchen lernt.

Aus der Unordnung geht Ordnung hervor! Die Anarchie, welche die Revolution eines großen Volks begleitete und von schlechten Menschen unterhalten wurde, war eine natürliche Folge von der auflebenden Freyheit in einem grausam gedrückten Lande, aber eben sie wird die guten Geister der Nation zusammen bringen und sie zur Rettung des Vaterlandes vereinigen; das von innen und von aussen völlig beruhigte Frankreich wird weissen Gesetzen gehorchen, und der erste glückliche Staat der Welt seyn!

Bey der Revolution in Polen dauerte die Ordnung im Lande vor wie nach fort, und nur die Form der Dinge wurde verändert; der Kern der Nation hatte sich zur Ausführung des angefangenen Werks vereinigt,

nigt, und hinderte jeden Ausbruch eines unsinnigen Freyheitstaumels unter dem Volke — nur die tyrannischen Magnaten und Edelleute wurden in Unordnung gebracht und zitterten vor der Freyheit, die ihren Sklavensinn verdammt, und den Bürger- und Bauernstand in Achtung setzte. Das war doch kein Unglück, so wenig als die Einführung der neuen Constitution in der Nachbarschaft Empörungen veranlasst und die Ruhe von Europa in Gefahr gebracht hat.

Die folgenden Versuche der politischen Clubs, Grundsätze der Freyheit und Gleichheit unter den polnischen Bürgern auszubreiten, waren nichts mehr als Versuche, die durch die in der Nähe stehenden russischen und preussischen Truppen ganz unwirksam gemacht wurden, und für die angrenzenden Länder nur in sofern gefährlich werden konnten, als man überhaupt die Erreichung einer gesetzmässig freyen Verfassung, und die gleiche Vertheilung der Rechte der Bürger für schädlich und gottlos, dagegen die bestehende Ungleichheit der Stände und der jedem Stande zugetheilten Rechte, wie auch das ganze System ei-

ner willkürlichen Gewalt in den Händen eines Einzigen, der weder den Gesetzen unterworfen, noch auch der Nation verantwortlich ist, für die beste Ordnung der Dinge zu halten beliebt; mit einem Worte, nur die Despoten und die Vertheidiger des Despotismus können die Verbreitung weltbürgerlicher Ideen gefährlich finden, indem ihnen es nicht darum zu thun ist, die Menschen als freye Bürger eines Staats zu respectiren, dessen Regent vor das Forum der Gesetze gezogen werden kann, und wo jeder mitspricht, der sprechen kann, sondern sie als Unterthanen zu behandeln, die willkürlichen Befehlen gehorchen, und sich mit Haab und Gut aufopfern müssen, wenn's dem Herrn so gefällt. — Wenn die machthabenden Fürsten das menschliche Geschlecht mit so viel Oberherrlichkeit zu führen gedenken, so handeln sie freylich klug, jeden Versuch, sich selbst zu regieren, oder sich nur unter der Majestät der Gesetze regieren zu lassen, mit Gewalt niederzuschlagen; aber die Klugheit steht unter der Gerechtigkeit, und diese begnadigt niemals — die Vertheidigung der Tyranny gegen das Emporstreben eines

gedrückten Volks ist eine harte Versündigung an dem Glücke der Menschheit, die auf keine Art verfühnt werden kann.

Indefs, da man die Handlungen der Menschen nicht bloß nach der allgemeinen Regel des Gesetzes beurtheilt, wodurch sie als recht oder unrecht erkannt werden, sondern zugleich auf die individuelle Lage eines Menschen und die ihm eigenen Grundsätze Rücksicht nimmt, um ihn wenigstens von Bosheit frey sprechen zu können, so müssen wir auch hier eingestehn: daß es fast unmöglich sey, auf einem Throne zu sitzen oder nahe dabey zu stehen, und die Freyheit und Gleichheit unter den Menschen für ein wünschenswerthes Guth zu halten; daß man also vom Throne herab das Streben und Ringen nach Freyheit, so wie die Verbreitung weltbürgerlicher Ideen überhaupt, für das gefährlichste Unternehmen halten müsse, das, gleich der Pest, Verheerungen und Verwüstungen an Seele und Leib nach sich ziehe, und die ernstliche Gegenwehr so nothwendig für die Existenz des Staats, als wohlthätig für die Ruhe der Unterthanen ma-

che. — Gut! So mögen denn die Fürsten in ihren eigenen Ländern dem Aufkommen der Freyheit steuern und wehren so gut sie können, wir werden sie darum nicht verdammern, aber auch nicht lobpreisen; jedoch wohlgemerkt, *nur in ihren eigenen Landen!* Denn was ein fremdes, freyes Volk zu seiner Erhöhung unternimmt, und wie weit es in seinen Unternehmungen geht, das darf sie nicht kümmern, da sie nur über das Wohl ihrer eigenen Unterthanen zu sprechen haben; jeder gewaltthätige Versuch gegen die Operationen einer unabhängigen Nation die begriffen ist, sich in Freyheit zu setzen ist eine ungerechte Anmaßung und ein schändlicher Gebrauch der Gewalt, die ihnen doch gewiss nicht zur Unterdrückung des menschlichen Geschlechts verliehen wurde. —

III.

Die Rechtfertigung der Theilung Polens geschieht also in den Manifesten der alliirten Höfe durch lauter Gründe, die für die Vernunft im mindesten nicht befriedigend sind, indem man sie 1) als ein

bloßes Mittel zu irgend einer Absicht darstellt, und damit schon ein Unrecht ankündigt; 2) die Absicht selbst gegen ein großes, freyes Volk gekehrt ist, das man seiner respectiven Sicherheit aufzuopfern für gut findet, 3) endlich die ganze Unternehmung zu Gunsten des Despotismus und zum Nachtheil der Freyheit geschieht, welche in der Republik Polen aufzuleben angefangen hatte. — Wenn gleich diese drey Punkte allein hinreichen, die Theilung Polens als eine durchaus gesetzwidrige Handlung, und die Rechtfertigung derselben in den Manifesten als die lächerlichste, politische Sophisterey kenntlich zu machen, so müssen wir doch, um nichts unberührt zu lassen, zum Ueberflus die Tauglichkeit des Mittels prüfen, welches die alliirten Mächte als das wirksamste in gegenwärtiger großen Noth anerkannt haben.

Durch die Besitznehmung des größten Theils des polnischen Gebiets soll

1) der Umsturz der Republik verhütet werden, indem sie durch die Theilung zu einer Mittelmacht herabgesetzt wird, die

sich mit Welthändeln wenig befaßt, und um so mehr für die innere Ruhe des Staats und für die Errichtung einer Verfassung sorgen kann, die den Frieden und die Glückseligkeit der Bürger zur Folge hat.

2) Werden dadurch die Einwohner der acquirirten Provinzen und die der angränzenden Länder vor den traurigen Wirkungen verwahrt, welche der Ausbruch einer neuen Revolution unausbleiblich nach sich ziehen würde, indem das übrige Polen zu ohnmächtig ist, um neue Versuche zu wagen, und die Nachbarschaft in Aufruhr und Empörung zu setzen.

3) Wird dadurch die Verbreitung gefährlicher Grundsätze gehindert, und hiermit die Ruhe und gute Ordnung der Länder für die Zukunft gesichert.

Ein Mittel von drey Eigenschaften, die die Krankheit mit einennmale heben — das ist mehr, als man erwarten kann! Indes ist es eins von den Mitteln, die öffentlich angepriesen werden und selten viel innere Güte haben.

Der erste Vortheil, den die Theilung Polens für die Republik selbst haben wird,

gründet sich auf die bekannte Wahrheit das ein kleiner Staat ungleich besser regiert und beglückt werden könne, als ein großer, besonders wenn die Nation zu allerhand Unruhen und Empörungen geneigt scheint (wie die polnische), und die Regierung nicht Macht genug hat, für die Sicherheit der Einwohner thätig zu arbeiten. Beschränkung des Staatskörpers muß für eine solche Nation wahrer Gewinn seyn, indem bekanntlich die bürgerliche Glückseligkeit nicht auf äußerem politischen Glanze, sondern auf dem Frieden und der Sicherheit des Landes beruht, die weniger durch Macht als durch gute Verwaltung des Staats erhalten wird. — Ich bin von dieser Wahrheit so sehr überzeugt, das ich wünschte, alle Reiche der Welt könnten entweder in einen allgemeinen Staat gebracht werden, dessen Oberhaupt Gott, und seine moralischen Gesetze der allgemeingeltende Codex juris wären, der alle bürgerliche Gesetze entbehrlich machte, weil man sich fest an diesen hielte — oder, da das menschliche Geschlecht hierzu wenig Hoffnung macht, das sie alle in kleine, ohnmächtige Staaten ge-

theilt würden, die durch die Gesetze der Vernunft und Menschlichkeit unter einander verbunden, auf Kriege, Eroberungen, überhaupt auf Welthandel Verzicht thäten, und unter einem guten Volksregimente, das auch ein Oberhaupt haben könnte, ein ruhiges und stilles Leben führten in aller Gottseeligkeit und Ehrbarkeit. Was man auch davon sagen mag, eine solche Zerlegung grosser und kleinerer Staatsmassen in winzige Republiken oder Monarchieen, von freyen Menschen unternommen, würde unfähliches Elend von der Erde verbannen, und den schönen Traum eines ewigen Friedens unter den Menschenkindern mehr als irgend etwas realisiren. Zu dieser wünschenswerthen Umschaffung ist aber der gegenwartige Zeitpunkt der gefährlichste, da die grössten Potentaten Europas Luft bezeigen, die ganze Welt zu beherrschen, und die minder Mächtigen in Gefahr sind, von den Mächtigen verschlungen zu werden; sie müssen sich entweder in Respect setzen, oder sich an die Mittelmächte anschliessen, um unter ihrem Schutze ihre angestammte Unabhängigkeit zu erhalten.

War es die Absicht der alliirten Höfe die Ruhe in der Republik Polen herzustellen und dem gänzlichen Umsturze derselben vorzubeugen, so wählten sie das unzweckmäsigste Mittel, das sie darum die Zerstückelung dieses grossen Reichs vornahmen, und somit die Existenz der Republik in weit grössere Gefahr brachten, als diejenige war, der sie zu begegnen suchten.

Polen ist kein so ungeheurer Staat, wie der russische und österreichische, das nicht Ruhe und Ordnung darinn herrschen könnte, und obgleich der innere Frieden des Landes sehr oft unterbrochen wurde, so lag dies mehr an der politischen und religiösen Verfassung desselben, als an dem unruhigen Geiste der Nation, die durch die Revolution hinlänglich gezeigt hat, das sie im Genusse einer mehr als eingebildeten Freyheit und unter dem Schutze einer weisen Constitution Ordnung suchen und erhalten könne. — In despotischen und militärischen Staaten darf der Mensch selten erscheinen, wie er ist, und eben so wenig mit seinen Grundsätzen frey hervortreten; aber die Unzufriedenheit und der Hang zu

Empö-

Empörungen liegen heimlich versteckt, sogar unter dem Volke, und nur die Furcht vor Feuer und Schwerdt hindert die Ausbrüche derselben: was Wunder, wenn hier alles ruhig bleibt? — Ein Volk, das wenigstens einen Schatten von Freyheit genießt und zum allgemeinen Wohl mit sprechen darf, obgleich wenig darauf geachtet wird, erregt schon um deswillen Unruhen, weil es seine Unzufriedenheit äußern darf; die Tiers etats arbeiten gegen die höhern Stände und werden laut, die höhern Stände theilen sich in Partheyen und kriegen heimlich und öffentlich wider einander. Das war der Fall in Polen vor der Revolution, und diese Unruhen wurden vermehrt durch die häufigen Streitigkeiten der herrschenden Kirche mit den Dissidenten, woran die hohe, orthodoxe Geistlichkeit den grössten Antheil hatte; was Wunder, wenn die Unordnung in Polen gröfser war, als in andern Staaten, und die Nation von einem rebellischen Geiste beherrscht schien? Die Verfassung wurde geändert, der Despotismus der höhern Stände verbannt, und eine gesetzliche Freyheit vereinigte die Nation zur

Ordnung, die lediglich durch eine neue Constitution gesichert werden konnte.

War also dem russischen und preussischen Hofe im Ernst an dem Wohl der Republik gelegen, und hegten sie großmüthige Gesinnungen gegen die polnische Nation, so mußten sie ihr freundschaftliche Hand zu dem angefangenen Werke bieten, und die Vollendung desselben nach Kräften zu befördern suchen: Die Stimme des Volks sprach dafür, und vox populi, vox Dei! Aber die Politik verdrängte diesmal die Großmuth; man durfte nicht zugeben, daß die verhasste Freyheit in einem großen, benachbarten Reiche durch Gesetze geheiligt, und den Bürgern des Staats gleiche Rechte zugesichert würden, weil diese die Republik emporheben, und sie nun das alte Gängelband abwerfen werde — man mußte also das einzige Mittel, Polen zu retten, die Constitution aufopfern; und was gab man für Ersatz? Man nahm die Hälfte ihres Gebiets in Besitz, und glaubte so einen weniger gefährlichen, aber nicht minder großmüthigen Weg zur Ruhe und Sicherheit der polnischen Bürger eröffnet

zu haben — als ob die Größe des Landes daran hinderlich gewesen wäre? als ob die geschwächte Macht der Regierung das unruhige Volk um so leichter bändigen könne? als ob durch die Theilung der (vermeintlich) unruhige Geist der Nation vertilgt und Liebe zur Ordnung erwecken würde? als ob, mit einem Worte, das ganze Unternehmen vernünftig überlegt und rechtlich erwogen worden sey?

„Die alliirten Mächte handelten nicht
 „großmüthig und noch weniger gerecht,
 „da sie die neue Verfassung Polens ver-
 „nichteten, welche auf Ordnung und
 „Bürgerglück hinzielte, und die Macht
 „der Republik schwächten, die sie ge-
 „gen Angriffe von aussen sicher stellen
 „konnte, und deren Verminderung ihr
 „noch übriges Gebiet der Eroberungs-
 „sucht mächtiger Nachbarn Preis geben
 „wird. Beides beweist zur Gnüge, daß
 „es nicht ihre Absicht seyn konnte, die
 „Theilung Polens zu Nutzen und From-
 „men der Republik vorzunehmen, da
 „das Mittel gerade entgegengesetzte
 „Wirkungen hervorbringt.“

Wir müssen also annehmen, daß, wenn ja dadurch etwas gewonnen werden könnte, der Vortheil einzig und allein auf die theilenden Mächte zurückfallen werde, denen die acquirirten Provinzen einige Millionen Unterthanen und Einkünfte mehr zu Gebote stellen. Ob nun gleich dieser Vortheil, wie zu erwarten war, in den Manifesten gar nicht berührt wird, wo vielmehr edlere Absichten aufgeführt werden, so haben wir doch bey der Prüfung derselben nichts anders herausbringen können, als: daß die Republik durch die Vorkehrungen der alliirten Mächte nicht das mindeste gewonnen, vielmehr ihre neue constitutionelle Freyheit zulammt der Hälfte ihres Gebiets dabey eingebüßt habe, daß mithin die Prahlerey in den Manifesten blos dazu diene, eigennützigte Absichten zu bedecken, und die Aufmerksamkeit von den wahren Ursachen der Theilung Potens abzuziehen, indem man sie mit aller Mühe auf erdichtete zu lenken sucht.

Die zweyte Eigenschaft des wirkfamsten Mittels ist eben so blendend, und folglich ebenso unbefriedigend als die erste: durch die Theilung sollen die Einwoh-

ner Polens und der angränzenden Länder vor den traurigen Wirkungen einer neuen Revolution verwahrt werden.

Ohne hier zu wiederhohlen, was oben ausführlich gezeigt worden ist, dafs es unstatthaft sey, um eines guten oder bösen Zwecks willen unerlaubte Mittel anzuwenden, wenn sie gleich der Absicht entsprechen, wollen wir uns an folgende zwey Punkte halten: a) die nachbarlichen Mächte waren nicht in dem Fall, für die Existenz der Republik und ihrer eigenen Staaten zu fürchten, um ausser den Maafsregeln, die sie im Innern der Republik gegen politische Coalitionen getroffen hatten, zur Theilung nothgedrungen zu seyn; b) Diese Theilung hilft dem Uebel nicht ab, wenn nicht andere Vorkehrungen dargegen getroffen werden.

A) Die grofse Gefahr, der man zu begegnen sucht, betrifft den muthmafslichen Ausbruch einer neuen Revolution, welche durch die Verbreitung jakobinischer Grundsätze veranlafst werden könnte. Allein diese Grundsätze gehörten, wie schon erinnert worden, erstlich nur Privatperfo-

nen und gewissen Gesellschaften an, die ohne Zustimmung des Königs und des größten Theils der Nation keine traurigen Folgen hatten, und so wenig eine Revolution veranlassen konnten, als die Verbreitung freyer Religionsmeinungen unter dem Volke eine gewaltsame Reform in kirchlichen Sachen nach sich ziehen wird, wenn nicht die Obern des Staats dazu die Hände reichen und mehr als die Hälfte des Volks dafür spricht. Die geheimen Machinationen einzelner Menschen werden immer ohne Erfolg bleiben, wenn die Regierung ein wachfames Auge darauf richtet und thätig genug ist, die unbefugten Weltverbesserer in Schranken zu halten. Fürchtete man von den politischen Clubs in Polen für die Ruhe des Staats und der benachbarten Länder, so war es leicht, das Uebel in der Geburt zu ersticken, und wirksame Gegenanstalten zu treffen; oder, man fürchtete nichts von ihnen, da sie keine heimlichen Anzettelungen machten, und das Volk nicht zum Aufruhr reizten, sondern nur freye Meynungen äußerten die man schon vorher kannte, so war es nicht nöthig, gegen sie zu arbeiten, oder sie gänzlich

lich aufzuheben. — Die Republik Polen fürchtete diese Clubs nicht, indem sie die Grundsätze von Freyheit und Gleichheit wohl vertragen konnte, und machte also keine Anstalten wider Meinungen, die der Nation niemals zum Verderben gereichen werden.

Zweyten s. Die benachbarten Mächte mochten aber davon nichts wissen; sie trafen ernstliche Vorkehrungen dagegen, und hielten ein grosses Heer auf dem Gebiete der Republik, um jeden neuen Versuch unkräftig zu machen. Wie konnte in Gegenwart dieses siegreichen Heers der ohnehin geschwächte Enthusiasmus der polnischen Nation eine abermalige Revolution anfangen und mit Glück fortführen? Was konnte die Hälfte der Nation gegen disciplinirte Truppen mehr als einen flüchtigen Aufruhr erregen, der auch um so weniger zu besorgen war, da der König und die besten Männer des Reichs der Constitution entsagt hatten, und an allen fernern Versuchen keinen Antheil nehmen konnten und wollten, weil die kriegerischen Operationen fruchtlos geblieben waren? Russland und Preussen arbeiteten indess an der Herstellung des alten Systems, und organisir-

ten die Regierung auf den vorigen Fuß, die Nation sahe sich gezwungen zu folgen und ihre glänzenden Hoffnungen vielleicht auf immer aufzugeben — das waren alles zweckmäßige Anstalten wider das gefährliche System der Freyheit, die auch, wie die Folge gelehrt hat, die liebe Ordnung in Polen wieder herstellen, und die benachbarten Länder vor dem Verderben sichern konnten.

Der Ausbruch einer neuen Revolution war also bey so bewandten Umständen gar nicht zu befürchten, auch wenn die militärische Macht nicht mehr zur Seite stand und die sogenannten Volksaufwiegler in Furcht erhalten konnte, weil das ernstliche Misfallen der hohen alliirten Mächte an jeder Art von bürgerlicher Freyheit die Nation fürchten liefs, das sie für jeden erneuerten Versuch mehr als zuvor werde büßen müssen — man war so sehr in Furcht gesetzt, das die grofse Theilung der Republik und die Besitznehmung der Provinzen selbst (die Festung Kaminic ausgenommen) ohne kriegerische Gegenanstalten in friedlicher Ruhe geschehen konnte. Warum also neue Vorkehrungen gegen eine nur

mög-

mögliche Revolution? Wozu neue Mittel wider einen geschlagenen Feind, der zu ohnmächtig war, um furchtbar und zu furchtsam, um mächtig zu werden?

„Aber der Saame zu Unruhen wird heimlich ausgestreut, die jakobinischen Clubs versenden das Gift ihrer Lehre in die Gemüther der Bürger, und es dürfte einmal fürchterlich hervorbrechen. Daher die Theilung!“

B) Diese Theilung hilft dem Uebel nicht ab, und ist ein sehr überflüssiges Mittel, wenn nicht kräftigere Anstalten dagegen gemacht werden, wie auch schon geschehen ist.

Die Einwohner der acquirirten Provinzen dürfen zwar unter russischer und preussischer Herrschaft ihre freyen Meynungen nicht äußern, aber wer will sie ihnen nehmen? Wer kann verhindern, daß sie, sie heimlich nähren?

Durch die Theilung wird nicht verhindert, daß in dem noch übrigen Polen gefährliche Grundsätze verbreitet werden, die zu gelegener Zeit ausbrechen und die neuen Nachbarn reitzen können, an

der etwanigen Revolte Antheil zu nehmen, indem auch sie jene Grundsätze vorher begünstigt, und in das neue Regiment mitgenommen haben. Um dies zu verhüten müssen ganz andere Anstalten gemacht werden, man wird z. B. ein wachsameres Auge auf die Revolutionsfreunde in den acquirirten Provinzen richten, man wird ihre Zusammenkünfte aufheben und die Regierung in Polen anhalten, ein gleiches zu thun u. s. f. — darum aber war doch die Theilung Polens nicht nothwendig, weil auch ohne sie die Besorgnisse der alliirten gehoben werden konnten, und durch anderweitige Maafsregeln gehoben werden müssen, ohne dafs die Theilung der Republik dazu mitwirkt.

Glaubt man aber, die geschwächte polnische Nation werde es in Zukunft gar nicht wagen dürfen, neue Versuche zu einer auf gesetzliche Freyheit gegründeten Verfassung zu machen, und die Theilung ihres Gebiets sey also um deswillen das wirksamste Mittel gegen verderbliche Revolutionen, so irrt man hier eben so, wie man bey dieser ganzen Unternehmung geirrt hat. Wer wird den noch immer grossen Ueberrest des

polnischen Volks an der Einführung einer neuen Constitution hindern? Wer anders, als diejenigen Mächte, die die Constitution der ganzen, ungetheilten Nation vernichteten, und ihre Gegenwehr durch starke Armeen unkräftig machten? Wollte man überhaupt das System der Freiheit in Polen nicht aufkommen lassen, wozu eine Theilung des Landes, da es der vereinigten russischen und preussischen Macht ohnehin nie widerstehen konnte? — Der kleine Genfer Staat hat sich in diesen Tagen eine auf Freiheit und Gleichheit erbaute Verfassung gegeben, und Niemand hat ihn daran verhindert; die benachbarten Fürsten hätten es vielleicht gekonnt, wenn ein solches Unternehmen durch irgend etwas gerechtfertiget werden könnte. — Polen bleibt auch nach der Theilung ein bedeutender Staat, der jetzt oder in Zukunft eine völlig freye ihm selbst beliebige Verfassung einführen kann, wie der kleine Staat am Genfersee, wer wird es hindern? Die Theilung von 1793 wird gar nicht in Anschlag kommen, weder von Seiten der Polen noch der nachbarlichen Fürsten; die

se

so werden vielmehr ein anderes weit
 wirk^{sa}meres Mittel, die Macht der
 Waffen, dagegen aufbieten, falls sie eben so
 sehr das Unrecht als den Despotismus
 verfechten sollten.

Um also die Ruhe in der Republik Po-
 len herzustellen und die Sicherheit der
 angrenzenden Länder dauerhaft zu machen,
 müssen viel andere Maafsregeln genommen
 werden, die mit der Theilung nichts gemein
 haben, weil das belobte Mittel weder für
 die Gegenwart noch für die Zukunft dem
 beabsichtigten Zwecke entspricht!

Die dritte Eigenschaft des würksam-
 sten Mittels — das dadurch die Verbrei-
 tung gefährlicher Grundsätze von Freyheit
 und Gleichheit gehindert werde — wider-
 legt sich gleich auf den ersten Anblick.

Aller Irrthum kann nur durch Wahr-
 heit bekämpft, falsche Grundsätze können
 nur durch bessere verdrängt werden —
 ein Krieg gegen Meinungen ist eine Unter-
 nehmung wider unsichtbare Geister. Sind ge-
 wisse Meinungen nur in besonderer Hin-
 sicht gefährlich, aber an sich wahr und be-
 glückend, so nimmt man sie um so lieber

an, und sie kommen eher in Umlauf, als trockne Wahrheiten, die nie verdammt wurden, die Orthodoxie kann die Verbreitung vernünftiger Grundsätze in der Religion nicht hemmen, weil sie keine auf Vernunft bezogene Wahrheiten entgegen zu stellen vermag, sondern nur Machtprüche oder authorisirte Sätze, die der freyen Wirkksamkeit unsers Geistes nicht angemessen sind, und daher bey der Vernunft keinen Eingang finden. Die Menschen müssen Machtprüche über sich ergehen lassen, weil sie Unterthanen sind, aber die menschliche Vernunft kann sie nicht vertragen. Gebietet ihr: sie solle glauben, was sie gleich nicht begreifen kann, und die nächste Vorstellung wird seyn: ich glaube nicht *)! Nehmt uns die Freyheit, zu reden und zu schreiben, was uns wahr und gut dünkt, so werden wir doch so denken, und eure Statuten und Symbole im Herzen verwerfen,

*) Woher kommts, daß die Priester seit undenklichen Zeiten die Menschen so leicht an den kirchlichen Glauben gewöhnt haben? Die Antwort ist kurz: sie nahmen die Vernunft in Beschlag und setzten die Phantasie auf den Thron.

fen. Arbeitet gegen die unverlierbare Freiheit der Menschen und seydt grausam gegen ihre Verfechter; euer Despotismus wird uns die Freyheit um so theurer machen, und die Grundsätze derselben werden in dem Maasse allgemeiner werden, als ihr sie zu verdrängen sucht!

Soll die Theilung Polens die russischen und preussischen Unterthanen vor gefährlichen Meinungen sichern und Revolutionen verhüten? Das wäre noch sonderbarer, als wenn man auf den Einfall käme, einen Theil des türkischen Reichs in Besitz zu nehmen, um die Pest unschädlich zu machen, oder sie von den Grenzen Deutschlands abzuhalten. Wie lächerlich! Man macht zweckmäßigere Anstalten, man läßt die Reisenden die Quarantaine passiren, um sie zu reinigen, wenn sie das Uebel an sich tragen. Eine politische Quarantaine, ein Inquisitionsgericht, nach Art des höllischen Tribunals zu Venedig, würde in unserm Falle bessere Dienste thun, ob man gleich den Unreinen weder leicht erkennen, noch ihn von Grund aus heilen würde!

Die Manifeste der alliirten Höfe haben also die Theilung Polens sehr übel gerecht-

fertigt, und das einzige Resultat, welches sich aus der Prüfung derselben ergiebt, trifft ganz mit dem zusammen, was wir gleich Anfangs bemerkten:

das Unrecht läßt sich durch keine Seitensprünge zu Recht umkehren, und die Beschönigungen schlechter Handlungen dienen immer dazu, ihre Immoralität um so kenntlicher zu machen!

B e s c h l u s s.

Es ist nicht gut, wenn die Häupter der Nationen die Gesetze der moralischen Vernunft so wenig respektiren, daß sie ihrem Interesse zu lieb oft unedel handeln, und damit ein schlechtes Beyspiel für ihre Unterthanen aufstellen. Der ungebildete und der vornehme unvernünftige Haufe sieht immer nach denen, die über ihm stehen, und richtet sich nach den Maximen, welche seine Obern befolgen; ein moralisch guter Regent kann blos durch sein Beyspiel viele Herzen zum Guten lenken, aber ein lasterhafter Fürst richtet unendlich mehr Scha-

den an, und verführt allemal die grössere Menge zu seinen Lastern, blos durch sein Beyspiel.

Wenn nun vollends die Götter der Erde schlechte Maximen durch auffallende, öffentliche Handlungen heiligen, indem sie die letztern durch allerley Sophismen zu rechtfertigen suchen, so entsteht daraus ein unabsehlicher Schade, der um so grösser wird, je gemeiner das Beyspiel ist. Denn nicht nur die Achtung gegen die moralischen Gesetze wird dadurch bey dem grössten Theil der Menschen geschwächt, sondern auch die Achtung gegen Gesetze überhaupt; und ich erkläre mir die häufigen Uebertretungen der Civilgesetze vorzüglich aus dem Mangel an Achtung, den die Verwalter des Staats gegen dieselben öffentlich zeigen. Das gemeine Volk muß glauben, daß alle Gesetze nur um seinetwillen da wären, und daß es damit hauptsächlich auf die Strafgeelder abgesehen sey, welche die Uebertreter der Gesetze an die Obrigkeiten entrichten müssen, ohne daß diese für den Ungehorsam gegen dieselben auch nur zum Schein büßen.

Die bürgerlichen Gesetze könnten den Menschen die Befolgung der moralischen theuer machen, wenn bey jenen nicht bloß Furcht das Motiv wäre, sondern der Befolgung derselben eine gewisse Würde beygelegt würde, die den guten Bürger vor dem schlechten auszeichnete, und ihm z. B. einen Anspruch auf Ehrenstellen erteilte, wobey etwas mehr als bloße Geschicklichkeit erfordert würde. Ob nun gleich diese dadurch erweckte Achtung gegen bürgerliche Gesetze mit sinnlichen Triebfedern vermischt und also keine reine Achtung wäre, so würde sie doch das Medium seyn, die Menschen nach und nach zu der reinen Achtung gegen moralische Gesetze und zu dem hohen Gefühl der Würde zu erheben, welche die Moralität jedem vernünftigen Wesen schlechthin erteilt, und ohne welches (Gefühl) die Tugend weder liebge- wonnen, noch mit Festigkeit ausgeübt werden kann. — So lange freylich unsre bürgerliche Gesetzgebung sich nicht auf die moralische stützt (wodurch sie ein Gegenstand der Achtung für Menschen werden könnte, und die Gesetze so wol um ihres Zwecks, als auch um ihrer selbst willen respektirt

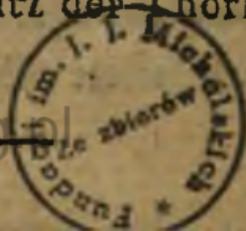
und befolgt würden), sondern nur den Eigennutz und die Selbstliebe ins Spiel zieht, um die Menschen durch Furcht zu schrecken, ohne sie durch würdige Belohnungen an sich zu ziehen — so lange dürfte für die Beförderung der Moralität durch Civilgesetze wenig geschehen können. Indess wenn nur die Diener der Gesetze nicht blos auf die Uebertretung derselben ihr Augenmerk richteten, sondern auch selbst darnach lebten und überhaupt rechtschaffene Männer wären, so würde schon ihr Beyspiel für die größere Menge sehr wohlthätig seyn, und einigermaßen den Schaden ersetzen, den die falsche Richtung unserer Gesetze auf den Willen der Menschen unvermeidlich zur Folge hat.

Man verlangt vom geistlichen Stande, daß er durchaus rein und unbescholten erfunden werde, und hält mit Recht den Mangel guter Sitten unter den Volkslehrern für die wichtigste Ursache, warum das Predigtamt von jeher bis auf den heutigen Tag wenig Segen für die Welt gebracht hat. Jene Anforderung an den geistlichen Stand gründet sich auf das ehrwürdige Geschäft, das ihm obliegt: den Menschen die Gesetze der Moralität näher ans Herz zu legen, und

ſie durch religiöſe Vorſtellungen zu unterſtützen; aber mit gleichem Rechte kann man von dem ganzen ſogenannten weltlichen Stande, vom größten Monarchen bis zum niedrigſten Gerichtshalter herab, Reinigkeit der Sitten und des Wandels fordern, nicht bloß, weil alle Menſchen dazu verpflichtet ſind, ſondern weil dieſer letztere Stand Geſetze giebt, und über die Befolgung derſelben wacht, mithin, gleich dem Volkslehrer, durch ſein eigenes gutes Beyſpiel die Wahrheit und Gültigkeit derſelben beym Volke beglaubigen muß.

So ſollte es ſeyn! und wenn es ſo wäre, was würde unfere Welt ſeyn! Aber wie es jetzt iſt — der wohldenkende Mann wendet gern ſeine Augen vom tragischen Schauſpiel des Menſchenlebens, wo jeder Blick ihm Veranlaſſung giebt, das edle Geſchlecht zu bedauern oder wol gar zu verachten, das in Bearbeitung ſeiner herrlichen Anlagen volle Würde und reichliche Glückſeligkeit finden könnte, aber zu lüſtern und zu ſchwach iſt, um ſich der Tyranney ſelbſtſüchtiger Meinungen zu entziehen, die es erniedrigen, und die Welt zum Schauplatz der Thorheit und des Elends machen!

XVIII. 4. 345 <http://trj.org.pl>



A circular, light-colored label is affixed to the top right corner of a dark, heavily textured book cover. The label is slightly irregular in shape and has a mottled appearance. In the center of the label, the letter 'F' is printed in a dark, serif font. The background of the cover is a dark, almost black, marbled paper with a complex, organic pattern of lighter brown and greenish-yellow spots and veins.

F